



I. Die neue Elbphilharmonie im Zentrum der HafenCity wird „Hamburg auf die Landkarte bringen“. Dessen waren und sind sich die Befürworter des „grandiosen Bauwerk(s)“ in der boomenden Hansestadt allen zwischenzeitlichen Hiobsbotschaften zum Trotz seit Jahren gewiss.² Unweit dieser architektonisch-kulturellen Wegmar-

ke des 21. Jahrhunderts sollte nach den Plänen des lokalen Stararchitekten Hadi Teherani die kaum minder spektakuläre „Living Bridge“ den globalen Nimbus der „heimlichen Hauptstadt des Nordens“³, deren außergewöhnliche Wachstumsperspektiven stets aufs Neue betont werden,⁴ gebührend unterstreichen (Abb. 1). Die Weltfinanzkrise hat den hochfliegenden Plänen für diese 700 Meter lange, „am Vorbild des ‘Ponte Vecchio’ in Florenz und der ‘Newcastle Bridge’ in London orientierte, bewohnbare Brücke, die neben Wohn- und Geschäftsnutzung auch gleichzeitig Fußgänger- und Autoverkehr zulässt“ und 1000 Wohnungen umfasst,⁵ 2009 abrupt ein wohl nicht nur vorläufiges Ende gesetzt.⁶

Die Multifunktionsbrücke der Superlative (Abb. 1) hätte jene halbinselförmigen Kaianlagen kreuzen sollen, welche ein ausgedientes Hafenbecken von der Unterelbe trennen (Abb.2). An deren westlicher Spitze, unmittelbar gegenüber jenem „Cruise Center“, an dem regelmäßig Kreuzfahrtschiffe der Luxusklasse für großen Publikumsandrang sorgen, befand sich einst der Baakenhöft (Tonnenhof). Mit unverhohlenem Regionalstolz berichteten auch die Blätter des „Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages“ regelmäßig über das ambitionierte Stadtentwicklungsprojekt von europäischem Rang. Auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanzturbulenzen konnten seine Leser im nördlich angrenzenden „Land zwischen den Meeren“ zu Beginn des Jahres 2009 unter der Schlagzeile „Die Insel im Krisenmeer“ lesen: „Ein Stadtteil trotzt der Wirtschaftskrise: Unaufhaltsam wächst die HafenCity zu Hamburgs ‘Premiumstandort’ heran.“ Und der

Michael Ruck: Ein Provisorium im Struktur- wandel

Schleswig-Holsteins prekäre
Existenz als deutscher Glied-
staat¹



Abb 1: Projekt Living Bridge HafenCity
Hamburg



Abb. 2: Projekt Living Bridge HafenCity Hamburg (2009)⁹

Schlussabsatz dieses Presseberichts wies über seinen lokalen Gegenstand ostentativ hinaus: „Ein echtes Sahné-Grundstück auf dem Baakenhöft halten die Planer noch frei. Dort, so heißt es im Rathaus, könne ja einst das Parlaments- und Regierungsgebäude eines Nordstaates stehen.“⁸

Solche Lesefrüchte ließen sich manche beibringen. Denn das Thema „Nordstaat“ gehört zu den beharrlichsten Wiedergängern der Landespolitik zwischen der Unterelbe und Dänemark. In landschaftlich angepasster Bildsprache hat ein alterfahrener Landtagsjournalist des Schleswig-Holsteinischen Zeitungs-Verlages dazu bereits vor geraumer Zeit festgehalten: „An der Küste kommt die ‘Nordstaat’-



Debatte so regelmäßig wie Ebbe und Flut, um dann so zuverlässig wie Seifenblasen zu zerplatzen.“¹⁰ Wie zur Illustration dieser Sentenz bewegte der Kieler Landtag das Thema im Februar 2010 anlässlich der Einsetzung einer von den Grünen wiederholt geforderten parlamentarischen Enquête-Kommission zur Erörterung von „Chancen und Risiken einer norddeutschen Kooperation“ nur einmal mehr in „emotionaler, zweistündiger Debatte“.¹¹ Dabei überwogen kaum verhohlene Skepsis und offene Ablehnung gerade auch bei Volksvertretern aus dem nördlichen Landesteil Schleswig. Und dies obwohl mit den regionalen Gegebenheiten und Problemen vertraute Kommentatoren darauf verweisen konnten, dass „die Schwächen

beider Länder doch gerade Ergebnis einer bürokratisch zementierten und machtpolitisch motivierten Trennung einer Region (sind), die faktisch längst eine Einheit ist“ und zudem „selbst in Schleswig-Holstein die Schere zwischen nördlichem und südlichem Landesteil auseinander (geht)“.¹²

Diese Sichtweise scheint inzwischen von einer Mehrheit der Bevölkerung im Norden geteilt zu werden.¹³ Auch in der regionalen Publizistik wurde und wird oftmals wie selbstverständlich auf eine zukünftige Länderfusion in Norddeutschland angespielt. So empfiehlt ein neuerer Bildband das Kieler Landeshaus – „einziger deutscher Regierungssitz am Meer“ – in unausgesprochener Abwehr der Hamburger Ambitionen für höhere Weihen: „Dessen Lage an Nordeuropas längster Seepromenade wäre eines künftigen Nordstaat-Regierungssitzes mit bewusster Ausrichtung nach Skandinavien, den baltischen Staaten und Russland würdig.“¹⁴

Und doch ist im Norden mit diesem Thema seit jeher landespolitisch nichts zu gewinnen gewesen. Schon im August 1949 wurde der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Hermann Lüdemann von der sozialdemokratischen Regierungsfraktion genötigt, sein Amt dem bisherigen Wirtschaftsminister Bruno Diekmann zu überlassen. Während der beiden vorausgegangenen Jahre hatte Lüdemann im Lande wie im Parlamentarischen Rat ebenso hartnäckig wie erfolglos für die Errichtung eines Nordstaates geworben. Das neue Land „Untereibe“ (Abb. 3) sollte durch den Zusammenschluss von Schleswig-Holstein und Hamburg entstehen und möglichst die südlich angrenzenden niedersächsischen Landkreise sowie dereinst auch die mecklenburgischen Grenzkreise im Südosten mit umfassen.

Seit jenen Tagen galt es in Schleswig-Holstein über Jahrzehnte hinweg als untrügliches Zeichen fortgeschrittener Karrieremüdigkeit, für eine Ländergebietsreform in Norddeutschland einzutreten. Einer derjenigen Politiker, welche diese leidvolle Erfahrung durchlebt haben, der ehemalige Landtagsabgeordnete Klaus Konrad (SPD), gab 1987 im Rückblick auf die 1960er Jahre zu Protokoll: „Ich würde heute selbstkritisch und mit ein bisschen Hohn zu mir selbst sagen, das war ein ‘missgebildetes Steckenpferd’, was ich da geritten habe. Die wenigsten waren dafür zu haben.“¹⁶

„Die Vision eines Nordstaates – oft beschworen, viel diskutiert und regelmäßig verworfen – ist im Jahr 2014 politisch tot“, kommentiert die Regionalpresse das 25-jährige Jubiläum gemeinsamer Sitzungen der Regierungen in Hamburg und Kiel.¹⁷ Vielleicht läuft nun tatsächlich schon wieder eine der zitierten Fluten aus und es platzt demnächst eine weitere Seifenblase. Womöglich bekommt die Nordstaat-Debatte unter den Vorzeichen von Schuldenbremse und Föderalismusreform aber auch eine neue Dynamik, welche mittelfristig doch auf einen Zusammenschluss der beiden Hauptkandidaten Hamburg und Schleswig-Holstein zutreibt. Im politisch-publizistischen Raum weisen die Signale – trotz anhaltender Misstöne – immer wieder in diese Richtung. Auf Zusammenkünften der regio-

nenen Wirtschaft wie auch auf wissenschaftlichen Tagungen im Lande wird die konkrete Utopie eines Nordstaates ebenfalls ausdauernd diskutiert.¹⁸

II. Letzteres war nicht immer so. Gerade auch von prominenten Landeshistorikern ist regelmäßig versucht worden, die zyklisch auf-flackernden Nordstaat-Diskurse jeweils im Keim zu ersticken. In vorderster Reihe stand dabei über Jahrzehnte hinweg der aus Flensburg stammende Kieler Zeithistoriker Kurt Jürgensen.¹⁹ Am 12. Juni 1946 wurde die „Vorläufige Verfassung des Landes Schleswig-Holstein“ durch den Landtag der – formal noch preußischen – „Provinz Schleswig-Holstein“ verabschiedet. Dieses denkwürdige Geschehen im Festsaal der Pädagogischen Hochschule zu Kiel hat Jürgensen zum eigentlichen Gründungsdatum seines Heimatlandes Schleswig-Holstein stilisiert. Zum einen legte er größten Wert darauf, dass nicht etwa ein Diktat der britischen Besatzungsmacht – nämlich die Verordnung Nr. 46 vom 23. August 1946 –, sondern ein freier Willensakt regionaler Volksvertreter die Gliedstaatswerdung Schleswig-Holsteins eingeleitet habe.²⁰ Zum anderen interpretierte Jürgensen die zweite und abschließende Lesung der provisorischen Landesverfassung als ein „Bekenntnis für das seit 1460 eng verbundene Schleswig-Holstein gemäß der damals von König Christian I. als Herzog in Schleswig und Graf in Holstein-Stormarn gegebenen Zusage, sie sollen ‘auf ewig ungeteilt bleiben’“.²¹

Diese imaginäre „Zusage des 15. Jahrhunderts“ und die nachträgliche Erhebung des ernannten Kieler „Landtages“ von 1946 zum konstituierenden Repräsentationskörper der schleswig-holsteinischen Bevölkerung sind die beiden tragenden Bestandteile des Gründungsmythos des Landes: „In rückschauender Betrachtung ist [...] für uns erkennbar,“ hatte Kurt Jürgensen dazu bereits 1968 geschrieben, „daß Schleswig-Holstein mit dem Aufbau seiner demokratisch parlamentarischen Ordnungsformen 1945-1947 die innere Struktur gefunden hatte, die es befähigte, darauffolgend als eigenes Glied Mitträger der westdeutschen Bundesordnung zu werden. [...] in der Nachkriegszeit (hat sich) [...] ein jahrhundertealtes doppeltes Anliegen der bewußten [sic!] Schleswig-Holsteiner erfüllt: das ihrer staatlichen Eigenständigkeit und ihrer Zugehörigkeit zu einem föderativen deutschen Staatsverband.“²²

Drei Jahrzehnte später gab Kurt Jürgensen sein regionalpatriotisches Credo nochmals zur Protokoll: „Unbeschadet der Grenzänderungen, die dieses Land im 19. und 20. Jahrhundert erfahren hat, bleibt festzustellen: Schleswig-Holstein ist ein Land, das aufgrund der Geschlossenheit seines Raumes [...] gleichsam von der Natur ‘vorgeformt’ ist. Es ist ein Land, dessen Symbole [...] aus den Jahren 1386 und 1843 stammen. Diese Symbole sind Ausdruck einer starken Verankerung des Landes Schleswig-Holstein in seiner Geschichte. Sie legitimiert in hohem Maße – und dies mit der [...] Territorientwicklung – Schleswig-Holsteins Eigenexistenz als Bundesland.“²³ „Ich schließe mit einem Bekenntnis zu diesem Land:

Folgende Seiten:

Abb. 3: Vorschlag des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann (SPD) zur Neugliederung der Länder (Juli 1948)¹⁵

Vorschlag zur NEUGLIEDERUNG DER LÄNDER



ALTER ZUSTAND

11 Länder	Bevölkerung 1946
Schleswig-Holstein	2 653 000
Hamburg	1 427 000
Niedersachsen	6 455 000
Nordrhein-Westfalen	11 810 000
Bayern	8 983 000
Württemberg-Baden	3 650 000
Hessen	4 050 000
Bremen	492 000
Süd-Baden	1 182 000
Süd-Württemberg	1 108 000
Rheinland-Pfalz	2 714 000

NEUER VORSCHLAG

7 Länder	Bevölkerung 1946
Unterelbe	4 836 000
Niedersachsen	7 113 000
Westfalen	6 963 000
Rheinland	5 155 000
Hessen-Pfalz	5 875 000
Württemberg-Baden	6 404 000
Bayern	7 732 000

Kiel, Juli 1948

Entwurf:
Ministerpräsident Lüdemann

58.984

58.984

~~6.5~~

Ein neues Deutschland

zu schaffen, ist die große Aufgabe der Nachkriegszeit. Hierzu gehört auch und vor allem die gebietliche Neuordnung der Bundesrepublik.

Daß sich einzelne Ländergrenzen unter ganz anderen Verhältnissen in der Vergangenheit bewährt haben, ist kein Argument gegen eine Reform; mittelalterliche Kriege und fürstliche Erbverträge haben keine Beweiskraft gegen deutsche Lebenserfordernisse im zwanzigsten Jahrhundert; besetzungsrechtliche Länderschöpfungen der Neuzeit sind nur Provisorien und haben ebensowenig Anspruch auf bleibende Geltung wie die diktatorischen Eingriffe eines Napoleon oder eines Hitler. Die Neugestaltung Deutschlands aus freiem Willen des deutschen Volkes selbst harret noch der Erfüllung. Die Aufteilung Preußens, das zwei Drittel des Reichsgebietes umfaßte, ist eine einmalige Gelegenheit.

Artikel 29 des Grundgesetzes bestimmt: "Das Bundesgebiet ist ... durch Bundesgesetz neu zu gliedern." Es sollen Länder geschaffen werden, die "nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können." Dabei sind geschichtliche und kulturelle, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge zu berücksichtigen.

Durch das Ergebnis soll, wie es bereits in der Weimarer Verfassung hieß, die wirtschaftliche und kulturelle Höchstleistung des Volkes ermöglicht werden.

Dieses Ziel ist nur durch große Bereitschaft aller Teile, durch einen starken Glauben an die befehlende Kraft des Neuen und durch eine Summe von Verzicht und entschlossenen Absagen an die Vergangenheit zu erreichen. Wer ganz Europa verändern will und dabei spricht: alle Grenzen können geändert werden, nur gerade mein Wohn- oder Arbeitsgebiet darf nicht angerührt werden, hat keinen Anspruch auf Beachtung. Gesamtdeutsche Aufgaben und Belastungen können Sonderlösungen oder Sonderleistungen des Bundes erfordern; sie begründen aber keinen Anspruch auf antiquierte Sonderstellungen für einzelne Teile.

Niemand ist imstande, dem deutschen Volk eine alle befriedigende Lösung zu bieten. Auch der umseitig abgebildete, bereits 1948 entstandene und veröffentlichte Plan ist nur ein Gliederungsvorschlag, dazu bestimmt, Politikern und Gelehrten, Regierten und Regierenden Anregungen zu vermitteln und bei parlamentarischen und außerparlamentarischen Beratungen als Diskussionsbeitrag zu dienen.

Der Vorschlag geht vom Untergang des bis dahin größten deutschen Landes Preußen aus und sucht dessen Teile zweckmäßig zu gliedern und sinnvoll in das Ganze des Bundesgebietes einzugliedern. Eine weitere Besonderheit liegt in dem Bestreben, weitgehend losgelöst von Herkömmlichem und Überliefertem, größtmäßig annähernd gleichwertige Länder zu gestalten und der sichtbaren wirtschaftlichen Schwerpunktbildung bei der Grenzziehung eine in die Zukunft weisende Vorrangstellung zu geben. Dabei wurde die wirkende Rolle der schiffbaren Flüsse und ihrer angrenzenden Niederungen augenfällig; in gewissem Umfange kann unter diesem Gesichtspunkt geradezu von Stromlandschaften gesprochen werden.

Der Vorschlag mit neuen Bevölkerungszahlen

	Bevölkerung 1946	Bevölkerung 1950
Untereibe	4 836 000	5 105 000
Niedersachsen	7 113 000	7 804 000
Westfalen	6 963 000	7 754 000
Rheinland	5 155 000	5 842 000
Hessen-Pfalz	5 875 000	6 395 000
Württemberg-Baden	6 404 000	6 883 000
Bayern	7 732 000	7 803 000



Wenn es in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt ein Bundesland mit einer geschichtlich begründeten Legitimation gibt [...], dann ist es das Bundesland Schleswig-Holstein.“²⁴

An derlei Aussagen knüpft sich die Schlüsselfrage, ob und inwieweit sich in Norddeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg – gleichsam durch eine situativ begünstigte List der Geschichte – föderale Gebietsstrukturen herausgebildet haben, deren besondere historische Dignität und Legitimität künftigen Veränderungen innerdeutscher (Glied-)Staatsgrenzen in beachtlichem Maße widersprechen. Hat sich zumindest in Schleswig-Holstein bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert jenes vermeintliche „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) vollendet, das nach dem Kalten Krieg im europäischen und globalen Maßstab nicht eingetreten ist?

Aufgabe des Historikers ist es nicht, den gegenwärtigen Zustand als Ziel- und Endpunkt der territorialen Entwicklung im Norden oder anderswo zu rechtfertigen. Es sollte auch mit seinem professionellen Selbstverständnis unvereinbar sein, frühere Konstellationen oder nicht zum Zuge gekommene Alternativen als die besseren zur künftigen Verwirklichung anzupreisen. Ob also die Gründung eines „Nordstaates“ – welchen Zuschnitts auch immer – als politisch wünschenswert und praktisch umsetzbar betrachtet wird, bleibt anderwärts unter den Gesichtspunkten administrativer Effizienz, föderaler Leistungsfähigkeit und wirtschaftlicher Entwicklungsperspektiven oder anhand anderer Nützlichkeitsabwägungen zu diskutieren.

Hier soll zunächst die Frage erörtert werden, ob die territoriale Entwicklung nördlich der Elbe wenn schon nicht zwangsläufig, so doch folgerichtig auf die dauerhafte Errichtung eines deutschen Landes „Schleswig-Holstein“ zugelaufen ist und sich Ende der 1940er Jahre in ihr vollendet hat. Sodann werden die Hauptetappen jenes Gründungsprozesses skizziert, welcher zwischen 1946 und 1950 abgelaufen ist. Abschließend wird geprüft, ob jene Zeitgenossen richtig lagen, welche die Existenzberechtigung und Lebensfähigkeit des nördlichsten Landes der Bundesrepublik Deutschland von Beginn an grundsätzlich bezweifelten.

III. Das historische Kernland Schleswig-Holsteins besteht aus dem ehemaligen Herzogtum Holstein und dem früheren Herzogtum Schleswig, dessen nördliche Gebietsteile 1920 nach einer Volksabstimmung an Dänemark fielen. Die Grenze zwischen diesen beiden Teilterritorien markieren die Flüsse Eider und Levensau.²⁵ Dort verlief bis 1806 die Nordgrenze des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, dann bis 1864 diejenige des Deutschen Bundes. Nach dem Wiener Kongress kam 1815 das Herzogtum Lauenburg hinzu. 1937 wurden Preußen mit dem Groß-Hamburg-Gesetz als Kompensation für die Abtretung der Städte Altona und Wandsbek von Oldenburg das ehemalige Fürstbistum Eutin sowie die bis dahin selbstständige Hansestadt Lübeck und zwei Hamburger Exklaven zugeschlagen. Heute ist Schleswig-Holstein mit einer Fläche von 15 799 qkm nächst dem Saarland das kleinste Flächenland der Bundesrepu-

blik Deutschland. Nach der Einwohnerzahl von 2,807 Millionen (2012) steht es an neunter Stelle der 16 Länder des 1990 wiedervereinigten Deutschland.²⁶

Diese Entwicklung ist als vielhundertjährige Kontinuitätslinie gedeutet worden, welche dem heutigen Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland eine geschichtlich legitimierte Existenzberechtigung verleihe: „Im Unterschied zu den anderen ‘Bindestrich-Ländern’ der Bundesrepublik ist Schleswig-Holstein nicht erst seit dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Vielmehr sind die Landesteile Schleswig und Holstein seit 600 Jahren durch eine gemeinsame Geschichte miteinander verbunden. Territoriale Sondergeschichten haben Lübeck [...] und Lauenburg [...]“²⁷ Solche historischen Herleitungen beziehen sich zum einen auf das Jahr 1386, als die Schauenburger Grafen von Holstein von der dänischen Krone die Grafschaft Schleswig zu Lehen erhielten. Seither sind die beiden Territorien in einem Wappen symbolisch vereint. Im folgenden Jahrhundert vermochte die Dynastie ihr schleswig-holsteinisches Gebiet auch herrschaftspraktisch zu konsolidieren. Seit der postnapoleonischen Zeit bildet 1460 das zweite Bezugsjahr für die Konstruktion einer territorialen Kontinuität Schleswig-Holsteins vom Mittelalter bis in die Jetztzeit. Im Vertrag von Ripen (Ribe) gestand der Dänenkönig als neuer Landesherr dem autochthonen Adel die künftige Unteilbarkeit der beiden Herrschaftsgebiete zu. „Up ewig ugedeelt“ blieb das gesamte Territorium – nach einer Periode wiederholter Landesteilungen im 17. und 18. Jahrhundert – bis 1864 im Rahmen einer Personalunion mit Dänemark verbunden. Seine beiden Teile gehörten jedoch über die ganze Zeit hinweg zu unterschiedlichen Reichen: Schleswig war ein königlich-dänisches Lehen; Holstein blieb als kaiserliches Reichslehen nach wie vor Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.²⁸

Die zeitgenössische Wahrnehmung wurde eher von der „Verkehrsbarriere“ des Elbestroms bestimmt. Beim „Grenzort“ Hamburg, nicht etwa irgendwo in Kimbrien wurde offenbar in spätem Mittelalter und früher Neuzeit der nördliche Rand des Reiches angenommen. Beispielhaft deutlich wird hier der Konstruktionscharakter dessen, was unter Beschwörung der Daten 1386 und 1460 als unmittelbares Vorläuferterritorium des bundesdeutschen Landes Schleswig-Holstein dargestellt wurde und wird. Hätte doch die Elbe „unter Heranziehung der entsprechenden historischen Bezüge [...] auch politikgeschichtlich leicht zur ‘tausendjährigen’ Grenze rückgedeutet werden können“²⁹ Hier können nun alle seitherigen Entwicklungen übersprungen werden, die nach einem viel zitierten Aperçu, das der britische Premierminister Lord Palmerston vor bald 150 Jahren im Londoner Unterhaus zum Besten gegeben haben soll, ohnehin nicht erinnerbar sind: „Die Schleswig-Holstein-Frage haben überhaupt nur drei Menschen verstanden: Der Prinzgemahl [Albert], aber der ist tot. Ein deutscher Professor, aber der ist darüber verrückt geworden. Und ich. Aber ich habe alles total vergessen.“³⁰ Mitte des 20. Jahrhunderts ereignete sich dann an der Elbe eine kleine Territo-

rialrevolution. Nach mancherlei folgenlosen Diskussionen zu Zeiten des parlamentarisch-pluralistischen Parteien- und Verbändestaats von Weimar³¹ kamen die inneren Grenzlinien im Norden Deutschlands unter totalitären Vorzeichen plötzlich in Bewegung. Mit dem „Groß-Hamburg-Gesetz“ vom Januar 1937 sorgte ausgerechnet ein schwergewichtiger NS-Würdenträger, der Preußische Ministerpräsident und Reichsminister für den Vierjahresplan Hermann Göring, kurzerhand dafür, dass der Elbmetropole im Rahmen eines weiträumigen Gebietsaustauschs unter dem Diktat rüstungswirtschaftlicher Zwänge deutlich mehr als die für einen Hafenausbau unmittelbar benötigten Flächen zugeschlagen wurden.³²

Schon dieser geraffte Überblick über die windungsreiche Vorgeschichte des heutigen Landes Schleswig-Holstein führt zu der Feststellung: Wie die deutschen Ländergrenzen im allgemeinen ist die „wahre“ Gestalt Schleswig-Holsteins – von den Küstenlinien abgesehen – weder „natürlich“ noch „historisch“ determiniert, sondern das jeweilige Zwischenergebnis politischer und militärischer Entscheidungen. Das gilt insbesondere auch für die aktuelle territoriale Konstellation im deutschen Norden.

IV. Im Laufe des Jahres 1946 wurde die bisherige preußische Provinz Schleswig-Holstein in mehreren Etappen in ein selbstständiges Land verwandelt.³³ Im Gefolge der deutschen Teilkapitulation im Norden am 5. Mai 1945 und der Gesamtkapitulation am 7./8. Mai 1945 besetzten britische Truppen die gesamte Provinz Schleswig-Holstein. Nach den interalliierten Abmachungen der Jahre 1944/45 gehörte die preußische Nordprovinz fortan zur britischen Zone in Deutschland. Dort übten die Besatzungsbehörden faktisch jene Regierungsgewalt aus, welche die vier Siegermächte am 5. Juni 1945 mit der „Berliner Deklaration“ und der ergänzenden „Feststellung über die Besatzungszonen in Deutschland“ gemeinsam übernahmen. Damit erlosch die deutsche Souveränität einstweilen sowohl auf gesamtwie auf gliedstaatlicher Ebene. Bereits am 14. Mai 1945 wurden von der regionalen Militärregierung für Schleswig-Holstein ein kommissarischer Oberpräsident und ein kommissarischer Regierungspräsident eingesetzt. Beide residierten im Kieler Schloss. Am 15. November 1945 übertrugen die Briten das Amt des Oberpräsidenten an den ehemaligen Rendsburger Landrat (1920-1933) und Widerstandsaktivisten Theodor Steltzer (CDU).

Mit der Verordnung Nr. 12 vom 15. September 1945 legalisierten die britischen Besatzungsbehörden die bereits in Gang gekommene Wiedergründung politischer Parteien in Schleswig-Holstein.³⁴ Auf der Grundlage eines vom Oberpräsidenten Steltzer am 29. November 1945 auftragsgemäß vorgelegten Strukturplans verfügte die Militärregierung Ende 1945 eine grundlegende Reorganisation der gesamten Provinzialverwaltung. Deren Sitz blieb auf britisches Geheiß in Kiel. Vergeblich hatte Steltzer, der frühere preußische Landrat in Rendsburg (1920-1933) – unter ausdrücklicher Berufung auf historische Traditionen – die alte gottorfsche Residenz Schleswig vorge-

schlagen. Am 26. Februar 1946 konstituierte sich im Kieler Stadttheater ein provisorischer Provinziallandtag. Die Mitglieder dieser – zunächst als „Provinzbeirat“ konzipierten – Vertretungskörperschaft waren von den Besatzungsbehörden aus deutschen Vorschlagslisten ausgewählt und ernannt worden. Aus der Mitte dieses bald so genannten „Landtages“ bildete sich mit der Wahl von sieben Hauptausschussvorsitzenden am 11. April 1946 eine provisorische Landesregierung mit dem Oberpräsidenten Steltzer an der Spitze und sieben Verwaltungsämtern als administrativem Unterbau. Nachdem die britische Militärregierung am 14. Mai 1946 die bereits geläufigen Begriffe „Landtag“, „Landesregierung“ und „Landesverwaltung“ genehmigt hatte, wurde den Regierungsmitgliedern der Ministertitel auch formell zuerkannt. Am 12. Juni 1946 verabschiedete der ernannte Landtag in zweiter Lesung den Entwurf einer „Vorläufigen Verfassung für das Land Schleswig-Holstein“. Mit der Verordnung Nr. 46 vom 23. August 1946 verlieh die britische Kontrollkommission den preußischen Provinzen den vorläufigen staatsrechtlichen Status von „Ländern“. Deren Regierungschefs hießen nun auch offiziell „Ministerpräsidenten“. Die Gemeinde- und Kreiswahlen am 15. September und 13. Oktober 1946 markierten den Beginn des Wiederaufbaus unmittelbar demokratisch legitimierter politischer Institutionen in Schleswig-Holstein.

Nachdem der am 6. März 1946 in Hamburg konstituierte „Zonenbeirat“ sich im Sommer und Herbst 1946 mehrheitlich für ein Länderneueordnungskonzept des hannoverschen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf (SPD) entschieden hatte, verordnete die britische Siegermacht mit Wirkung vom 1. November 1946 die Schaffung des Landes Niedersachsen.³⁵ Damit war die vorgegebene Höchstzahl von fünf neuen Ländern in der britischen Besatzungszone erreicht: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Mit der durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 verfügten Auflösung des preußischen Staates wurde diese kumulative Schaffung vollendeter Tatsachen nachträglich bestätigt. In Schleswig-Holstein hatte sich am 2. Dezember 1946 der zweite ernannte Landtag konstituiert. Bei der Auswahl seiner Mitglieder orientierten sich die Besatzungsbehörden an den Ergebnissen der Kommunalwahlen vom Herbst 1946. Insofern verfügte dieses Gremium bereits über eine mittelbare demokratische Legitimationsgrundlage. Nach dem Sieg der SPD bei den ersten Landtagswahlen vom 20. April 1947³⁶ ernannte der britische Zivilgouverneur am 29. April 1947 ein sozialdemokratisches Landeskabinett mit dem bisherigen Innenminister Hermann Lüdemann an der Spitze. Der neue Landtag trat am 8. Mai 1947 erstmals zusammen.

Während der folgenden beiden Jahre stritt Ministerpräsident Lüdemann erfolglos für die Errichtung eines größeren Landes „Unterelbe“ im Rahmen einer umfassenden Länderneugliederung im kommenden deutschen Weststaat. Weder seine sozialdemokratischen Amtskollegen in Hamburg und Hannover noch maßgebliche Parteifreunde in Kiel waren bereit, den 1946/47 unter Besatzungsherr-

schaft hergestellten Istzustand nochmals in Frage zu stellen.³⁷ Hinzu kam die Sorge, dass dänisch gesinnte oder orientierte Kräfte die Neuordnung dazu nutzen könnten, mit Hilfe der Siegermächte eine Verselbstständigung des Landesteils Schleswig durchzusetzen.³⁸ Mit der Ablösung Lüdemanns durch seinen parteiinternen Gegenspieler Diekmann wurde seiner Initiative am 29. August 1949 endgültig der institutionelle Boden entzogen. Unter dessen Ägide wurde nun binnen weniger Monate der staatsrechtliche Status quo konstitutionell festgeschrieben. Am 13. Dezember 1949 verabschiedete der Kieler Landtag die „Landessatzung für Schleswig-Holstein“.³⁹ Nach der Genehmigung durch den britischen Land Commissioner konnte dieses Landesorganisationsstatut am 12. Januar 1950 in Kraft treten. Erst 40 Jahre später wurde es durch die – nun auch so überschriebene – „Verfassung des Landes Schleswig-Holstein“ vom 13. Juni 1990 abgelöst.⁴⁰

V. Während der vorausgegangenen vier Jahre war der Gründungsprozess weder gradlinig noch konfliktfrei abgelaufen. Unter Verweis auf strukturelle Hypothesen und aktuelle Sonderlasten zogen ernst zu nehmende Stimmen und Kräfte innerhalb wie außerhalb des Kieler Parlaments die dauerhafte Lebensfähigkeit des Landes grundsätzlich in Zweifel. Tatsächlich hatte Schleswig-Holstein von Beginn an mit einer Reihe „ererbter“ Strukturschwächen zu kämpfen. Dies waren vor allem die Randlage und Marktferne im deutschen und im mittel- bzw. westeuropäischen Kontext, das Fehlen eines Impulse gebenden Wirtschaftszentrums im Lande selbst, die besonders schwach ausgebaute Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Versorgung und Kommunikation, das starke Übergewicht des primären Sektors gegenüber den nur punktuellen Industriestandorten⁴¹ und dem privaten Handels- und Dienstleistungsgewerbe sowie die vorwiegend extensive Produktionsausrichtung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft.

Hinzu kamen nach dem Zweiten Weltkrieg weitere Vorbelastungen. An erster Stelle stand ein grundlegender Defekt. Bereits während der Beratungen des Parlamentarischen Rates 1948/49 sprachen klarsichtige Zeitgenossen dem vormaligen preußischen Regierungsbezirk im Range einer Provinz die wirtschaftliche und damit auch die politische Lebensfähigkeit ab. Die angeführten strukturellen Gesichtspunkte waren bereits während der Groß-Hamburg- und Reichsreformdebatten der 1920er Jahre im Umfeld des Schleswig-Holsteiner-Bundes erörtert worden.⁴² In der amtlichen Begründung der Landessatzung vom Dezember 1949 hieß es denn auch ohne Umschweife: „Die Vorlage dieses Entwurfs an den Landtag bedeutet nicht, dass die Landesregierung oder der Landtag einen Staat Schleswig-Holstein ins Leben rufen will und sich dadurch endgültig mit der von der Besatzungsmacht getroffenen Entscheidung abfindet oder gar identifiziert. [...] Die Landesregierung steht ebenso wie der Landtag auf dem Standpunkt, dass Schleswig-Holstein nach seiner Struktur nicht geeignet ist, in seinem heutigen Umfang und mit sei-

ner heutigen Bevölkerung unter den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen die einem deutschen Land obliegenden Aufgaben zu erfüllen.“⁴³

Im Parlament stellte der zuständige Minister und nachmalige Oppositionsführer Wilhelm Käber (SPD) die Lebensfähigkeit und Existenzberechtigung des Landes, das „nur als ein mangelhaftes Provisorium ohne deutsche Beteiligung geschaffen“ worden sei, noch drastischer in Abrede: „Jede gesunde Bundesverfassung hat die Lebensfähigkeit der diesen Bund bildenden Glieder zur Voraussetzung. [...] Diese Lebensfähigkeit [...] muss für Schleswig-Holstein in seinen heutigen Grenzen und in seiner heutigen sozialen und wirtschaftlichen Struktur bezweifelt werden. Schleswig-Holstein ist in seinem sozialen Gefüge das meistbelastete, nach seinem Steueraufkommen das ärmste, nach seiner geographischen Lage das abgelegenste und als Grenzland das von volks- und kulturpolitischen Auseinandersetzungen am meisten in Mitleidenschaft gezogene Land der Bundesrepublik Deutschland.“

Die zweite Sonderbelastung stellten jene Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen dar, die während der Jahre des Zusammenbruchs des Deutschen Reiches in das – bisweilen so genannte – „Armenhaus“ Schleswig-Holstein⁴⁴ strömten und während der beiden folgenden Jahrzehnte inner- und interregionale Wanderungen auslösten, welche planerisch und infrastrukturell nur mühsam zu bewältigen waren.⁴⁵ Das „Problem Schleswig-Holstein“⁴⁶ schien zu Beginn der 1950er Jahre im gegebenen institutionellen Rahmen aus eigener Kraft nicht lösbar zu sein.

Im Übrigen trugen die beispiellosen Bevölkerungsbewegungen in der nordelbischen Provinz wesentlich zur Ausprägung einer regionalen politischen Kultur bei, welche kundige Beobachter schon gegen Ende der Nachkriegszeit über „die von außen schwer zu durchdringenden provinziell-liebenswürdigen Paradoxien schleswig-holsteinischer Politik“ sinnieren ließen⁴⁷ – längst bevor die besonderen „Defizite in der politischen Kultur und der Art und Weise, wie Parteien ‘Politik machen’“, dort Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre ihre spektakulärste Skandalisierung erlebten und ihm hernach das Stigma „Kosovo des Nordens“ bescherten.⁴⁸ In dem kleinen Land an der nationalen Peripherie, dessen soziale und konfessionelle Gegebenheiten keine eindeutigen Strukturvorteile für Sammlungsparteien der linken oder rechten Mitte boten,⁴⁹ trug seit Anfang der 1950er Jahre zunächst der im „Flüchtlingsland Nr. 1“ entstandene Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)⁵⁰ dazu bei, den parteipolitischen Wettstreit konfrontativ aufzuladen.⁵¹ In dem Bestreben, trotz ungünstiger Voraussetzungen eine dauerhafte Vorherrschaft in der Landespolitik zu erringen, begann die CDU gleichzeitig damit, ihre zerbrechliche Vorrangstellung durch eine besonders „aggressive Personalpolitik“ abzusichern. Unter der Ägide des mit knappsten Stimmenmehrheiten regierenden Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg und seines Fraktionsvorsitzenden Uwe Barschel wurde dieser Kurs in den 1970er Jahren

„noch verstärkt fortgesetzt“.⁵² Der SPD-Landesverband hielt immer wieder mit betont „linken“ Positionen dagegen. Während der 1960er/70er Jahre stand dafür beispielhaft der auch überregional bekannte Name des streitbaren Landesvorsitzenden und Oppositionsführers Jochen Steffen.⁵³ Zusätzlichen Anlass zu erbitterten Auseinandersetzungen boten zudem Status und Rolle des von der Fünfprozentklausel ausgenommenen Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW), dessen Landtagsmandat(e) angesichts der stets knappen Mehrheitsverhältnisse mehrfach bei Regierungsbildungen und Schlüsselentscheidungen zum „Zünglein an der Waage“ wurden oder doch zu werden drohten.⁵⁴

Eine weitere Hypothek der Nachkriegszeit für Schleswig-Holstein war der doppelte Verlust des wirtschaftlichen Hinterlandes. Im Südosten unterbrachen die deutsche Teilung und der Kalte Krieg traditionelle Lieferbeziehungen nach Mecklenburg und Berlin. Im Norden wurden die seit 1920 ohnehin nachhaltig zerrütteten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord- und Südschleswig⁵⁵ durch die Fortwirkungen der deutschen Besatzung und später auch durch die Zugehörigkeit beider Räume zu unterschiedlichen Wirtschaftsverbänden (EWG/EG bzw. EFTA) weiter in Mitleidenschaft gezogen. Damit blieb die schleswig-holsteinische Wirtschaft in erster Linie auf einen viel zu kleinen Binnenmarkt und auf die Hafenmetropole Hamburg verwiesen.

Angesichts dieser Vielzahl an Belastungen wird jene Selbstdistanzierung verständlicher, welche in Art. 53 Abs. 2 des Ende 1949 beschlossenen Organisationsstatuts durchscheint: „Die Landessatzung verliert vorbehaltlich anderweitiger bundesgesetzlicher Regelung ihre Gültigkeit an dem Tage, an dem die von Schleswig-Holstein erstrebte Neugliederung des Bundesgebiets in Kraft tritt.“⁵⁶ Tatsächlich wurde hiermit nur mühsam die politische Niederlage jener Kräfte überschrieben, welche sich 1948/49 für die Bildung eines leistungsfähigen Nordstaates eingesetzt hatten.

VI. Zweifellos hatte Ministerpräsident Stoltenberg, ein ausgewiesener Landeshistoriker, die Diskussionen der späten 1940er Jahre vor Augen, als er 1973 die Pläne der „Ernst-Kommission“ zur Neugliederung des Bundesgebiets beiseite schob: „Die Länder haben sich im großen und ganzen bewährt. Insbesondere im Blick auf Schleswig-Holstein zeigt sich, dass hier unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges ein gesundes Land entstanden ist.“⁵⁷ Die selbstbeschwörerische Überschrift: „Schleswig-Holstein ist ein gesundes Land. Wachstum auf der ganzen Linie“ wurde auf dem Scheitelpunkt und – wie sich alsbald zeigen sollte – an der Wendemarke des Booms der Wiederaufbaujahrzehnte formuliert. Doch waren die Befürchtungen der Gründungsjahre zu diesem Zeitpunkt tatsächlich durch die zwischenzeitliche Entwicklung widerlegt worden, wie dies der sozialdemokratische Nachkriegsveteran Wilhelm Käber noch zum 30-

jährigen Jubiläum der Landessatzung 1979 meinte eingestehen zu müssen?⁵⁸

Politische Zustandsbeschreibungen der späten 1980er Jahre weisen in eine andere Richtung. So brachte Ministerpräsident Barschel im Dezember 1986 das Fundamentalproblem seines Landes mit Sätzen auf den Punkt, die auch schon dreißig, vierzig Jahre zuvor so hätten gesagt werden können: „Schleswig-Holstein ist ein Land, das viele Sonderlasten zu beklagen hat. Das wissen wir. Denken Sie an die gewaltigen Lasten im Zusammenhang mit dem Küstenschutz und den Inseln, den Halligen, an die Marktferne und die Rohstoffarmut, die Küstenlinie, die Zonengrenze. Keine Politik, meine Damen und Herren, wer immer regiert, könnte diese historisch beziehungsweise geographisch vorgegebenen Hypotheken beseitigen.“⁵⁹ Zwei Jahre darauf zeichnete ein Sprecher der sozialdemokratischen Opposition im Landtag – immerhin vor dem Hintergrund einer national wie international seit Jahren anhaltenden Hochkonjunktur – ein düsteres Bild der strukturellen Lage des Landes: „Erstens: Das Brutto-sozialprodukt in Schleswig-Holstein liegt um 11 % unter dem Bundesdurchschnitt – eine erhebliche Distanz zu den anderen Ländern, die schlechteste Wirtschaftssituation unter allen Bundesländern. Zweitens: Innerhalb Schleswig-Holsteins haben wir ganz erhebliche Strukturunterschiede. Dies trifft insbesondere für den Landesteil Schleswig und für die Westküste zu.“⁶⁰

Der „stürmische“ wirtschafts- und infrastrukturelle „Wandel“ des jungen Landes Schleswig-Holstein in den vorausgegangenen Jahrzehnten ist zwar von Ulrich Lange in der „Geschichte Schleswig-Holsteins“ umrisshaft vermessen,⁶¹ bislang aber noch immer nicht detailliert untersucht worden. Dies gilt auch für den doppelten Strukturwandel in Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft des Landes.⁶² Selbst in veröffentlichten Erinnerungen werden die 1960er Jahre allenfalls gestreift. Für den Hauptvertreter einer regionalen Reformpolitik unter konservativen Vorzeichen, Ministerpräsident Stoltenberg, sind die 1970er Jahre das eigentliche „Jahrzehnt der Erneuerung und Modernisierung“ gewesen.⁶³ Tatsächlich gingen diese und andere Modernisierungsbestrebungen jedoch auf Ansätze zurück, die auch im nördlichsten Land der Bundesrepublik Deutschland bis in die späten 1950er und frühen 1960er Jahre zurückreichten. Die wenigen bereits greifbaren Einzelbefunde der im Ganzen noch sehr lückenhaften Forschungsliteratur zur (Selbst-)Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein deuten allesamt darauf hin, dass der beschleunigte Strukturwandel der langen 1960er Jahre sich hier grundsätzlich weder später noch weniger dynamisch vollzogen hat als in anderen Regionen Westdeutschlands oder im benachbarten Dänemark.⁶⁴

Allerdings liefern die Darlegungen Ulrich Langes, die Beiträge von Markus Hirschfeld zur „wirtschaftliche(n) Entwicklung Schleswig-Holsteins in der unmittelbaren Nachkriegszeit“,⁶⁵ von Helmut Nuhn zum „Wirtschaftsstrukturellen Wandel in Schleswig-Holstein“⁶⁶ und von Dieter Harms zur „Konjunkturellen Entwicklung

Schleswig-Holsteins nach dem Zweiten Weltkrieg⁶⁷ sowie die kurzen Verlaufsanalysen in der Ausgabe „50 Jahre Schleswig-Holstein“ der Statistischen Monatshefte Schleswig-Holstein⁶⁸ bereits manche weiterführenden Hinweise, an die künftige empirisch-quellengestützte Forschungen anknüpfen könnten.⁶⁹ Aus diesen Skizzen sowie aus mancherlei zeitgenössischen Materialien⁷⁰ und späteren Einzelbefunden lässt sich zumindest schon ein konturiertes Entwicklungsbild ableiten. Danach wurde die regionalwirtschaftliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein von den 1950er Jahren bis in die 1970er Jahre hinein durch fünf seine Struktur prägende Prozesse und Sachverhalte bestimmt.

Erstens betraf dies die Bevölkerungsentwicklung. Vornehmlich jüngere und mobilere Angehörige der zugewanderten, zunehmend aber auch der eingewanderten Bevölkerung wanderten aus den ländlichen Randgebieten ins Hamburger Umland⁷¹ oder in prosperierende Regionen West- und Süddeutschlands ab.

Zweitens verschoben sich die Gewichte zwischen den drei Wirtschaftssektoren. Der primäre Sektor (Landwirtschaft, Fischerei, Rohstoffproduktion) büßte zwar an relativer Bedeutung ein, behielt aber im nationalen Vergleich einen überproportionalen Stellenwert. Der Waren produzierende sekundäre Sektor gewann zwar an Bedeutung, fiel jedoch seit Ende der 1960er Jahre bereits wieder überproportional zurück. Der tertiäre (Dienstleistungs-)Sektor nahm zwar stetig an Bedeutung zu, doch wurde sein Aufschwung – im Vergleich zu anderen Ländern – überproportional stark von staatlichen und anderen öffentlichen Leistungserbringern getragen.

Drittens prägten erhebliche Unterschiede innerhalb des Landes die regionalwirtschaftliche Entwicklung. Die Mobilitätsströme und sektoralen Umschichtungen verstärkten generell das traditionelle Nord-Süd-Gefälle wie auch das West-Ost-Gefälle. Teile des südöstlichen Raumes Lübeck/Lauenburg konnten jedoch von dieser Verlagerung bis zur deutschen Wiedervereinigung kaum profitieren.

Viertens ist die relativ hohe Arbeitslosigkeit zu beachten. Durchweg lag die Erwerbslosenquote in Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Zwar verringerte sich dieser Abstand zwischen 1960 und 1980 ein wenig. Diese Feststellung deutet aber auch auf die strukturell bedingt überhöhte Konjunkturanfälligkeit der regionalen Wirtschaft hin.

Fünftens hielt die fundamentale Wachstumsschwäche an. Während der 1950er Jahre und seit Ende der 1970er Jahre wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein kaum stärker als im Bundesgebiet insgesamt. Davor und danach blieben die Wachstumsraten im nationalen Vergleich erkennbar zurück. Mit seiner relativen Verschuldung war Schleswig-Holstein bis in die 1990er Jahre hinein durchweg das Schlusslicht der westdeutschen Flächenländer. Eingedenk der statistischen Basiseffekte konnte also von einem regionalwirtschaftlichen Aufholprozess niemals empirisch belastbar gesprochen werden.

VII. Allen diesen Entwicklungsdefiziten versuchte die Landespolitik durch Modernisierungsinitiativen auf verschiedenen Feldern beizukommen. Zunächst stand hierbei die sektorale Strukturpolitik im Vordergrund. Auch überregional bekanntestes Beispiel dafür ist das 1953 angelaufene „Programm Nord“ zur strukturellen Modernisierung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes an der Peripherie des Landes.⁷² Später gewannen weitere branchenbezogene Strukturhilfen, vor allem für die Werften sowie für Metall schaffende und verarbeitende Betriebe, an Bedeutung. Daneben sollten strukturpolitische Förderprogramme die räumlichen Disparitäten innerhalb Schleswig-Holsteins vermindern und zugleich das Leitbild „Urbani-sierung in der Fläche“⁷³ verwirklichen helfen. Auch in dieser Hinsicht wirkte das „Programm Nord“ bahnbrechend. Zunächst ging es vorrangig um die Verminderung des traditionellen Nord-Süd-Gefälles. Ebenfalls seit 1953 sollte die „Zonenrandförderung“ zunächst die teilungsbedingten Sonderprobleme im Südosten lindern. Die mit der Grundgesetzreform von 1968 eingeführte „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zielte dann vornehmlich auf den Abbau des überkommenen West-Ost-Gefälles im Lande. Ferner beeinflussten besondere Strukturhilfen aus Bundes-, Landes- und europäischen Förderprogrammen im ganzen Land die Entwicklung. Hierzu zählten in erster Linie der Wohnungsbau als früher Förderschwerpunkt der 1950er Jahre, der Bau von Verkehrswegen (Fernstraßen) als ein weiterer früher Förderschwerpunkt seit den 1950er Jahren, die Errichtung einer großen Anzahl von Bundeswehrstandorten seit Mitte der 1950er Jahre, der Ausbau der Stromenergiewirtschaft seit Ende der 1950er Jahre mit den Schwerpunkten Infrastruktur (Leitungsnetze) und Errichtung von Kernenergieanlagen (Krümmel, Brokdorf, Brunsbüttel), die erst in den 1980er Jahren ans Netz gelangten, und nicht zuletzt der Ausbau von Bildungs- und Kultureinrichtungen (Schulen, Hochschulen, Bibliotheken) seit Mitte der 1960er Jahre. Sämtliche Strukturhilfeprogramme waren jeweils auch auf die Förderung der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft und damit auf die Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes ausgerichtet. Zusammen verwandelten sie das gesamte Land Schleswig-Holstein in ein geschlossenes Subventionsgebiet – mit teilweise beträchtlichen kumulativen Effekten, die sich aus überlappenden Fördergebieten verschiedener Programme ergaben (vgl. Abb. 4).

Zur Koordination des hochkomplexen Fördergeschehens und zur effektiveren Nutzung der eingesetzten Ressourcen bedurfte es einer leistungsfähigeren Verwaltungsstruktur. Seit Mitte der 1960er Jahre konzentrierten sich die Modernisierungsanstrengungen der Landespolitik – mehr oder minder erfolgreich – auf drei Schwerpunkte, namentlich auf die Entwicklung von Planungsinstrumenten (Raumordnungsberichte, Planungsräume),⁷⁵ auf die Errichtung eines abgestuften zentralörtlichen Systems⁷⁶ sowie auf die territoriale und funktionale Verwaltungsreform, wie sie schon seit Anfang der 1960er Jahre

Abb. 4: Öffentliche Regionalförderung in Schleswig-Holstein (Quelle: Grafik aus Geographischer Rundschau 1990, Nuhn, Agroindustrie, S. 252).



in Dänemark forciert worden war⁷⁷ und dann auch in den meisten deutschen Bundesländern in Angriff genommen wurde.⁷⁸

Sowohl die direkten Subventionen als auch die komplementären Förderprogramme zur nachhaltigen Verbesserung der regionalwirtschaftlichen Position Schleswig-Holsteins verschlangen nicht nur enorme Ressourcen. Darüber hinaus erzeugten sie auch schwerwiegende Folgeprobleme. Erstens wurden viele Infrastrukturprojekte erst im Laufe der 1970er, teilweise sogar der 1980er Jahre (z.B. Atomkraftwerke) fertig gestellt, als sich die Bedarfslage bereits deutlich verändert hatte. Daraus resultierten teils sehr niedrige Wirkungsgrade und ungünstige Kosten-Nutzen-Relationen. Vielfach sind – wohlgernekt: aus der Rückschau – massive Fehleinsätze des aufgewendeten Kapitals und entsprechend hohe Opportunitätskosten feststellbar (z.B. Industriegebiet Brunsbüttel und Werfthilfen). Zweitens verminderten sich die politischen Einwirkungsmöglichkeiten auf Landesebene zusehends. Unter dem faktischen Diktat von Bund-Länder-Programmen und europäischen Förderrichtlinien lag die regionalwirtschaftliche Situation und Entwicklung immer weniger in den Händen regionaler und kommunaler Akteure. Zusätzlich verengten die von ihnen jeweils anteilig aufzubringenden Komple-

mentärfinanzierungen ihre aktuellen und zukünftigen Handlungsspielräume. Drittens barg die wachsende Abhängigkeit der regionalwirtschaftlichen Entwicklung von öffentlichen Beihilfen verschiedenster Herkunft das hohe Risiko prozyklischer Förderkürzungen, die konjunkturelle Abschwächungstendenzen noch verstärkten. Als das Ende der Nachkriegsprosperität⁷⁹ die öffentlichen Haushalte seit 1973/74 in eine Dauerkrise stürzte, zeigte sich das in Schleswig-Holstein besonders schmerzhaft. Denn die ohnehin besonders hohe Konjunktorempfindlichkeit der strukturschwachen Regionalwirtschaft wurde durch den raschen Wegfall oder Rückgang vieler Fördergelder zusätzlich verstärkt.

VIII. Diese Problemskizze leitet über zur Betrachtung der regionalwirtschaftlichen Situation am Ende der „langen sechziger Jahre“. Sie wurde vor allem durch traditionelle und nach dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich entstandene strukturelle Hypotheken der regionalen Wirtschaft, die inzwischen nur teilweise abgetragen worden waren, und durch die während der Prosperitäts- und Modernisierungsphase des vorausgegangenen Jahrzehnts aufgelaufenen – materiellen wie immateriellen – Kosten der regionalen Strukturentwicklungspolitik geprägt. In dieser Situation traten verschiedene Belastungsfaktoren und Krisensymptome zutage, darunter die unterdurchschnittliche Exportquote des produzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein, die anhaltende Abhängigkeit von einem allzu kleinen regionalen Binnenmarkt, der überdurchschnittlich von finanziell notleidenden öffentlichen Nachfragern bestimmt wurde und jene konjunkturelle „Pufferfunktion“ randständiger Produktionsstandorte, welche nun in Schleswig-Holstein besonders hart durchschlug. Die Schließung strukturschwacher Betriebe und Branchen – gerade noch konkurrenzfähige „Grenzanbieter“ des nationalen Marktes in Zeiten voller Kapazitätsauslastungen – und der Abbau „verlängerter Werkbänke“ fügten sich in ein eingetrübtes Gesamtbild, das auch durch einen gewissen Aufschwung touristischer Dienstleistungen – die damals viel beschworene „weiße Industrie“⁸⁰ – und punktuelle Entwicklungen „neuer“ Branchen nicht wirklich aufgehellt werden konnte.

Zudem gab es unterschwellige Belastungen, die nach dem Ende des Kalten Krieges im Zuge der deutschen und europäischen Wiedervereinigung rasch sichtbar wurden. Sie prägen die gegenwärtige Lage der schleswig-holsteinischen Regionalwirtschaft maßgeblich mit. Zum einen ist hier der Wandel der deutschen und alliierten Streitkräfte von einer Territorialverteidigungsarmee zu global einsetzbaren Kriseninterventionskräften zu nennen. Daraus folgte ein massiver Rückzug der Bundeswehr aus der Fläche. Von der anhaltenden Welle von Standortschließungen war und ist auch und gerade Schleswig-Holstein betroffen – vor allem der ohnehin strukturschwache nördliche Landesteil.⁸¹ Zum anderen ist auf das Erscheinen attraktiver Anbieter touristischer Dienstleistungen auf dem Territorium der früheren DDR, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, zu verweisen. Im Laufe der 1990er Jahre hat sich daraus –

wiederum kräftig subventioniert – eine teils übermächtige Konkurrenz der weithin veralteten Tourismusbranche Schleswig-Holsteins entwickelt.

Infolgedessen wird die strukturelle Entwicklung der Regionalwirtschaft seit einem Vierteljahrhundert wesentlich durch zwei Tendenzen gekennzeichnet: Erstens durch eine wieder wachsende Kluft zwischen der Wirtschaftsentwicklung in den westdeutschen Bundesländern und in Schleswig-Holstein und zweitens durch eine wieder zunehmende Ausprägung räumlicher Disparitäten innerhalb des Landes trotz der grundsätzlichen Wiedererreichbarkeit des wirtschaftlichen „Hinterlandes“ im Südosten und – schon zuvor – im Norden.

IX. Angesichts der ungünstigen Voraussetzungen und Entwicklungsbedingungen ist nicht gering zu schätzen, was aus der einstmaligen „Provinz Schleswig-Holstein“ seit 1950 geworden ist.⁸² Und doch knüpft sich daran die Schlüsselfrage, ob die eigenständige Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des Landes Schleswig-Holstein vor mehr als einem halben Jahrhundert nicht doch zutreffend in Zweifel gezogen wurde. Auch die regelmäßig wiederkehrenden Vorschläge und Forderungen, einen „Nordstaat“ zu schaffen, deuten in diese Richtung. Die lange Geschichte der Bestrebungen, eine planmäßige Neuordnung der innerdeutschen Territorialstrukturen durchzuführen, liest sich – je nach dem Standpunkt des Betrachters – als eine Chronik der verpassten Gelegenheiten oder als ein Reservoir zukünftiger Gestaltungsmöglichkeiten. Neben der Zersplitterung des südwestdeutschen Raumes hat dabei von Beginn an die einerseits durch föderale Kleinteiligkeit, andererseits durch preußische Hegemonie geprägte Struktur Norddeutschlands im Zentrum aller Neuordnungsinitiativen gestanden.⁸³ Irgendwann einmal ist dabei nahezu jede denkbare Kombination der existierenden Länder und Provinzen zu neuen Gebietseinheiten ganz unterschiedlich ausgeprägter Gliedstaatsqualität auf dem Markt der Territorialreform feilgeboten worden. Ein Blick auf den Zuschnitt der angedachten Freistaaten, Länder, Reichsländer, „Länder in Zwischenform“, „Länder alter Art“ oder Wirtschaftsprovinzen⁸⁴ lässt nur eine strukturelle Gemeinsamkeiten der jeweiligen Schnittmuster hervortreten: die territoriale Bereinigung im norddeutschen Raum – freilich auch in diesem Fall in ziemlich vielgestaltiger Ausformung. Den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg sollte der Sonderstatus teils belassen werden, teils wurde ihre Eingliederung in Flächenstaaten verschiedenen Zuschnitts vorgeschlagen. Die Provinz Schleswig-Holstein hingegen sollte nach weit überwiegender Ansicht in einem größeren Gliedstaatsgebilde oder Reichsverwaltungsdistrikt aufgehen.

Beachtlich für spätere Diskussionen in der zweiten Nachkriegszeit waren vor allem die Planungen von August Weitzel.⁸⁵ Mit Blick auf die laufenden Reichsreformdebatten schlug der Frankfurter Bauplaner 1926 und 1931 vor, das Deutsche Reich unter bewusster Außerachtlassung vorgeblich historischer Grenzen in zwölf Reichs-

länder aufzuteilen. An der nördlichen Wasserkante wären dies die Länder Niedersachsen-Elbe mit der Hauptstadt Hamburg, Niedersachsen-Weser mit der Hauptstadt Hannover und Pommern mit der Hauptstadt Stettin gewesen. Zum nördlichsten Reichsland wären danach die vormalige Provinz Schleswig-Holstein mit den oldenburgischen Enklaven, der Hansestadt Lübeck und den angrenzenden westlichen Kreisen Mecklenburgs sowie die Hansestadt Hamburg mit den südelbischen Kreisen der Provinz Hannover zusammengefasst worden. Damit hatte der „Rhein-Main-Visionär“ Weitzel genau jenes Land „Unterelbe“ vorgedacht, das der Kieler Ministerpräsident Lüdemann zwei Jahrzehnte später vergeblich propagierte (vgl. Abb. 3).

Auch während der Neuordnungsdebatten, von denen die Geschichte der jungen Bundesrepublik Deutschland nach der „zweiten Territorialrevolution“ im Gefolge des Zweiten Weltkrieges begleitet wurde,⁸⁶ überwog zunächst die Überzeugung, dass die Zahl der Gliedstaaten unter „Berücksichtigung historisch gewachsener Grenzen und Einheiten“ stark verringert werden müsse.⁸⁷ Andererseits beharrten nicht nur die amtierenden Landesregierungen durchweg auf der Unantastbarkeit der zu Besatzungszeiten gezogenen Ländergrenzen. Angesichts dessen gelangte eine Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz des früheren Reichskanzlers Hans Luther nach mehr als drei Jahren im August 1955 zu der überraschenden Feststellung, dass die neun westdeutschen Länder allesamt lebensfähig und deshalb in ihrem Zuschnitt kaum veränderungsbedürftig seien. Ausdrücklich gelte dies nach der eingetretenen Entspannung der Flüchtlingsfrage auch für Schleswig-Holstein. Dem nördlichsten Land der Bundesrepublik wurde von der „Luther-Kommission“ nicht nur eine historische und landsmannschaftliche Homogenität attestiert. Für dessen Erhalt spreche auch die Einschätzung, „daß die volkstumsmäßige Auseinandersetzung an der deutsch-dänischen Grenze am besten von einem selbständigen Lande [...] bewältigt werden“ könne.⁸⁸

Nach dem Kopenhagener Abkommen von 1955⁸⁹ und im Zeichen der Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft hatte dieser Gesichtspunkt deutlich an Bedeutung eingebüßt, als Mitte 1970 eine zweite Neugliederungskommission von der sozialliberalen Bundesregierung eingesetzt wurde. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatssekretärs und langjährigen Direktors des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster, Professor Werner Ernst, erarbeitete seit Oktober 1970 ein Dutzend Sachverständiger – darunter mit Frido Wagener der wichtigste Befürworter eines effizienzorientierten „Neubaus der Verwaltung“ in funktionaler wie in territorialer Hinsicht⁹⁰ – vier föderale Neuordnungsmodelle für die Bundesrepublik Deutschland.⁹¹ Für den Norden wurden zwei Varianten beschrieben. Der eine Vorschlag zielte auf den Zusammenschluss von Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit den beiden Hansestädten zu einem großen „Bundesland Nord“, der andere auf die Bildung von zwei mittelgroßen Gliedstaaten: das „Bundesland

Nordwest“, gebildet aus Bremen und dem größten Teil Niedersachsens, und das „Bundesland Nord“, zusammengefügt aus Hamburg, Schleswig-Holstein und den südelbischen Kreisen Niedersachsens.⁹²

Für dieses Nordstaatsmodell mittleren Zuschnitts, das sich wiederum mit Weitzels Vorstellungen aus den 1920er Jahren und Lüdemanns „Untereibe“-Plan von 1948 (Abb. 3) deckte, hatte sich 1970 der Kieler Ministerpräsident Helmut Lemke (CDU) ausgesprochen. Freilich sollte dieser Vorschlag des schleswig-holsteinischen Regierungschefs wohl nicht zuletzt die Initiative seines niedersächsischen Amtskollegen ausbremsen. Alfred Kubel (SPD) machte sich für einen großen Nordstaat mit Hannover als Landeshauptstadt stark, während der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) jeden Neuordnungsplan rundheraus ablehnte.⁹³ Anfang der 1970er Jahre blockierten sich mithin (auch) im norddeutschen Raum die widerstreitenden Interessen und Neugliederungsvorschläge. Vor dem Hintergrund einer rasch abflauenden Planungskonjunktur gelangten die Debatten über eine umfassende Neugliederung des Bundesgebiets nur einmal mehr über theoretisch-konzeptionelle Abhandlungen nicht hinaus.⁹⁴ So konnte Lemkes Nachfolger Stoltenberg kurz vor dem Ende des Nachkriegsbooms 1973 alle Pläne der „Ernst-Kommission“ abtun, obwohl die bloße Intensivierung gliedstaatlicher Zusammenarbeit erst kurz zuvor mit plausiblen Argumenten als unzureichende Alternative zur Fusion von Hamburg und Schleswig-Holstein bezeichnet worden war.⁹⁵ Doch anderthalb Jahrzehnte später kam der ehemalige sozialdemokratische Innenminister und Oppositionsführer Wilhelm Käber wieder auf seine skeptische Einschätzung der Gründungsjahre zurück: „Die Grundfrage freilich nach der Lebensfähigkeit des Landes, vor der wir am Anfang unserer Verfassungsarbeit standen, ist ungelöst. Sie scheint mir nur durch permanent von außen zufließende Zuschüsse übertüncht zu sein.“⁹⁶

Vor diesem Hintergrund wurden seit Ende der 1980er Jahre regelmäßig wiederkehrend Vorschläge und Forderungen laut, nun unverzüglich daran zu gehen, einen leistungs- und konkurrenzfähigen „Nordstaat“ zu schaffen.⁹⁷ Allerdings kamen diese Wortmeldungen jetzt überwiegend aus Hamburg. Seit den 1970er Jahren war die gliedstaatliche Existenzberechtigung der beiden Hansestädte an Elbe und Weser vermehrt in Frage gestellt worden.⁹⁸ Mitte des folgenden Jahrzehnts formulierten Ökonomen gar den drastischen Befund, dass „die krisenhafte Zuspitzung der Entwicklung im Norden, die unter dem Schlagwort ‘Nord-Süd-Gefälle’ diskutiert wird, von den Arbeitsmärkten in den norddeutschen Stadtstaaten verursacht“ werde. Zudem werde die „veraltete, wachstumsschwache Wirtschaftsstruktur“ Hamburgs durch den fortschreitenden Prozess der „Suburbanisierung über die Landesgrenze“ im Süden wie im Norden konserviert, während ein Blick auf die gesamte „Region“ den „Wirtschaftsraum Hamburg gut“ dastehen lasse.⁹⁹ Im Laufe der 1990er Jahre führten die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung und der Entwicklung des mittelosteuropäischen Wirtschaftsraumes zu einer strukturellen Wiederbelebung des Hamburger Stadt-

gebietes, während jenseits des nördlichen „Speckgürtels“ die strukturellen Defizite des Nachbarlandes verstärkt zutage traten. Seither werden die Stadtgrenzen in Hamburg zusehends als Planungs- und Wachstumshindernis gesehen, während in Schleswig-Holstein die von einer Länderfusion erhofften Entwicklungsimpulse im Norden lebhafter diskutiert wurden.¹⁰⁰

Auch wenn die tief eingeschliffenen Verhaltensmuster nachbarschaftlicher Konkurrenz weiterhin das administrative und politische Zusammenwirken hemmten,¹⁰¹ näherten sich die beiderseitigen Perspektiven nach der Jahrtausendwende zusehends an. Wiederholten Bekundungen der amtierenden Regierungschefs Ole von Beust (CDU) und Peter Harry Carstensen (CDU) zufolge sollte der verstärkte Kooperationskurs beider Länder auf administrativen und wirtschaftspolitischen Feldern im Laufe der kommenden zehn, fünfzehn Jahre eine Dynamik entfalten, welche dann eigengesetzlich in den gliedstaatlichen Zusammenschluss münden werde.¹⁰² Den Höhe- und Wendepunkt dieser Kampagne markierte die gemeinsame Präsentation einer Potentialstudie auf dem Kongress „Mehr Raum für Wirtschaft“ in Norderstedt Ende November 2007.¹⁰³ Im Bereich der organisierten Wirtschaftsinteressen¹⁰⁴ wie in den regionalen Medien gab es dafür teils deutliche Unterstützung und Momentaufnahmen der öffentlichen Meinung haben ebenfalls ein recht günstiges Bild ergeben. Andererseits formieren sich vielfältige Widerstände erfahrungsgemäß spürbar erst dann, wenn Fusionsvorhaben in ein konkretes Stadium treten.¹⁰⁵ Tatsächlich hat sich das Interesse der Hamburger Politik an einer Fortsetzung des Annäherungskurses im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen vom 20. Februar 2011 gerade auch bei den seither allein regierenden Sozialdemokraten merklich abgekühlt.¹⁰⁶ Im Übrigen wurde mit bedenkenswerten Argumenten darauf verwiesen, dass eine nachhaltige Strukturverbesserung des norddeutschen Raumes im Allgemeinen und der Hamburger Position als ein europäisch konkurrenzfähiger Knotenpunkt des globalen Güterumschlags die Einbeziehung der südelbischen Gebiete und möglichst auch der westlichen Teile Mecklenburg-Vorpommerns zwingend voraussetze.¹⁰⁷

Abgesehen von den Unwägbarkeiten einer durchgreifenden Reform der föderalen Finanzbeziehungen und der apodiktischen Absage des seit 2012 in Kiel mitregierenden SSW an jegliche Kooperationen mit Fusionsperspektive,¹⁰⁸ wie sie nicht nur von den regionalen Unternehmerverbänden regelmäßig propagiert werden,¹⁰⁹ sondern auch vom grünen Koalitionspartner immer wieder vertreten und im Herbst 2012 sogar in einem Mitgliederentscheid befürwortet wurden,¹¹⁰ tauchen damit in Bremen, Hannover und Schwerin abermals drei potentielle Vetospieler am Horizont auf, deren Einreden nicht zum ersten Mal allen solchen Plänen ein vorzeitiges Ende bereiten würden.¹¹¹ Ob es so kommen wird, hängt von den jeweiligen Einschätzungen der Gegenwarts- und Zukunftsinteressen durch die maßgeblichen Akteure ab. Irgendwelche historischen Grenzlinien werden in diesem Prozess des regionalen Interessenabgleichs offen-



Abb. 5: Das „neue kommunikative Zeichen“ der „Norddeutschen Kooperation“ (2010)¹¹⁴ (Quelle: http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Service/Broschueren/Logonord/logonord_node.html#doc922660bodyText3. Vgl. dazu http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Service/Broschueren/Logonord/logonord_node.html [03.09.2014]).



Abb. 6: Die neue „Landesdachmarke“ (2014)¹¹⁵ (Quelle: <http://styleguide-sh.de/#/downloads>. Vgl. dazu <http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Service/Broschueren/Gestaltungshandbuch/gestaltungshandbuchUebergangEchterNorden.html> [beide 03.09.2014]).

sichtlicher denn je nur noch eine rhetorische und legitimatorische Rolle spielen. Denn Schleswig-Holsteins teilautonome Entscheidungs- und Handlungsspielräume werden nicht nur, wie anderwärts auch, durch die vielfältigen Restriktionen des nationalen und europäischen Mehrebenensystems zusehends eingeschränkt.¹¹² „Hamburgs Nordprovinz“ steht im siebenten Jahrzehnt ihrer prekären Selbstständigkeit „praktisch unter fiskalischer Aufsicht der anderen Bundesländer“.¹¹³ Zwar ist seit 2012 im Zeichen kräftig wachsender Steuereinnahmen, drastisch gesunkener Zinsen und vielfältiger Bundeszuwendungen eine gewisse Entspannung eingetreten, doch niemand mag voraussagen, wie lange dieses Zusammenspiel außergewöhnlicher Gunstfaktoren die historischen Hypotheken und strukturellen Probleme der territorialen Nachkriegsschöpfung wider Willen noch verdrängen kann.

Vor diesem Hintergrund trägt es – bei allem Sinn für trockenen Bügelflaschen-Humor nordischer Provenienz – unverkennbare Züge einer provinziellen Übersprunghandlung, wenn das kleine Land zwischen den Meeren nur vier Jahre, nachdem man sich mit Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen hat, unter der „Wort-Bild-Marke“ „Norddeutschland“ (Abb. 5) mit der Losung „Mehr Gemeinsamkeit für Norddeutschland!“ den ganzen deutschen „Norden“ „im internationalen Wettbewerb der Regionen konkurrenzfähiger werden“ zu lassen, nun bar jeder Selbstironie eine eigene „Landesdachmarke“ präsentiert: „Der echte Norden“ (Abb. 6). Ob dieses Label tatsächlich dazu taugt, „die Stärken Schleswig-Holsteins zukunftsorientiert zu transportieren“, steht noch dahin. Jedenfalls kann und wird die ebenso provokante wie realitätsentrückte Selbstbezeichnung beiderseits der Elbe schwerlich als ein wegweisendes Signal föderaler Kooperationskultur wahrgenommen werden – auf die Schleswig-Holstein von Anfang an mehr als andere westdeutsche Länder existenziell angewiesen war und auch künftig angewiesen sein wird.

Anmerkungen

1 Dieser Aufsatz ist aus einem Vortrag auf dem Kolloquium „Geschichte deutscher Länder 1945-1995“ im Institut für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München am 27.03.2009 hervorgegangen. Der Text knüpft teils an frühere Überlegungen an, welche ich in folgenden Aufsätzen formuliert habe: Aspekte der regionalwirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins von den 1950er Jahren bis in die 1970er Jahre, in: Grenzfriedenshefte (GFH) 52 (2005), Nr. 3, S. 231-240; Wandel und Beherrschung - Die territoriale Entwicklung der nördlichen Länder Deutschlands im 19./20. Jahrhundert -, in: Edzard Schmidt-Jortzig/Henning Voscherau (Hrsg.), Nordstaat. Interdisziplinäre Untersuchung zu Chancen und Risiken einer künftigen Zusammenarbeit oder Neugliederung norddeutscher Bundesländer, Kiel 2006, S. 1-61; Die norddeutschen Länder – das Ende der Territorialgeschichte? in: GFH 54 (2007), Nr. 4, S. 235-244; Perspektiven des Nordens im Nordstaat. Eine Konferenz in Flensburg, in: GFH 55 (2008), Nr. 1, S. 37-48.

2 So etwa der scheidende Finanzsenator und CDU-Landesvorsitzende Michael Freytag unter „dem Beifall der etwa 1000 anwesenden Parteimitglieder“; zit. nach Klaus May, Der Paukenschlag bei der CDU, in: Flensburger Tageblatt (FLT), 04.03.2010, S. 7. Vgl. neuerdings wieder Jan Haarmeyer, Elbphilharmonie regendicht: 6000 Pailletten auf einem Dach. Die Elbphilharmonie ist jetzt regendicht. Senatorin Barbara Kisseler und die Architekten sprechen begeistert von der "fünften Fassade im Hamburger Stadtbild", in: Hamburger Abendblatt (HAB), 30.08.2014; URL: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article131745938/Elbphilharmonie-regendicht-6000-Pailletten-auf-einem-Dach.html> [03.09.2014].

3 Unternehmensstandort Norddeutschland. Bewertung aus Sicht von US-Unternehmen. Studie Droegge & Comp. und AmCham Germany (PPP-Dokument), Düsseldorf, April 2005, Bl. 27; URL: [\[die_Unternehmensstandort_Nord-dtschl.pdf\]\(http://www.amcham.de/fileadmin/user_upload/Presse/Studie_Unternehmensstandort_Nord-dtschl.pdf\) \[04.09.2014\]; vgl. US-Firmen lieben den Norden als Standort, in: FLT, 23.04.2005, S. 1.](http://www.amcham.de/fileadmin/user_upload/Presse/Stu-</p>
</div>
<div data-bbox=)

4 Vgl. etwa die einschlägigen Ergebnisse einer nationalen Standortstudie von Feri Rating & Research (Bad Homburg) für die Zeitschrift „Capital“: Hamburg gehört zu den Städten mit den besten Wirtschaftsaussichten, in: FLT, 03.01.2007, S. 8.

5 Abschlussbericht zum Hamburger Bürger-Dialog „Living Bridge – Wohnbrücke über die Elbe“ v. 19.02.2009, S. 5; URL: http://www.belebte-bruecke.de/site/pictures/Bericht_Living_Bridge_Wohnbruecke_ueber_die_Elbe.pdf [30.08.2014].

6 Markus Lorenz, Wohnen über der Elbe – eine kühne Vision fällt ins Wasser, in: Holsteiner Courier, 29.04.2009, S. 5.

7 Quelle: <http://www.hafencitynews.de/wp-content/flagallery/hcn/lb6.jpg> [30.08.2014].

8 Markus Lorenz, HafenCity: Die Insel im Krisenmeer. Ein Stadtteil trotz der Wirtschaftskrise: Unaufhaltsam wächst die HafenCity zu Hamburgs ‚Premiumstandort‘ heran, in: FLT, 28.02.2009, S. 4.

9 <http://www.belebte-bruecke.de/picture41.jpg> [30.08.2014].

10 Peter Höver, Nordstaat-Debatten – so alt wie die Bundesrepublik, in: FLT, 20.01.2003, S. 4; vgl. ebenso ders., Debatten um den Nordstaat: „Nordelbien wäre besser“. Landtag setzt Kommission ein, die neue Perspektiven einer Länderfusion ausloten soll, in: FLT, 30.01.2010, S. 5. Vgl. ähnlich Michael Neumann (Hrsg.), Wer braucht den Nordstaat? Diskussionsbeiträge, Norderstedt 2010, Klappentext: „Loch Ness gleich taucht die Frage nach dem Nordstaat immer wieder aus den Untiefen der politischen Diskussion auf.“

11 Länder-Zusammenarbeit: Richtung Norden: Welches ist der beste Weg? In: Der Landtag in Schleswig-Holstein, Nr. 2/2010, S. 11. Debatte: Landtag Schleswig-Holstein [LTSH], Plenarprotokoll 17/10, 10-01-29, S. 687-709; URL: [\[prot/2010/17-010_01-10.pdf\]\(http://www.landtag.ltsch.de/infotek/wahl17/drucks/2200/drucksache-17-2230.pdf\) \[30.08.2014\]. Zu Verlauf und Ergebnis der aufwändigen Beratungen vgl. den materialreichen Bericht der Enquetekommission „Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation“ \(LTSH, Drs. 17/2230, 14.02.2012\), Kiel 2012; URL: <http://www.landtag.ltsch.de/infotek/wahl17/drucks/2200/drucksache-17-2230.pdf> \[01.09.2014\]. Vgl. Grüne wollen den Nordstaat vorantreiben, in: FLT, 01.04.2005, S. 4; „Masterplan“ zum Nordstaat, in: Der Landtag Schleswig-Holstein, Nr. 4, April 2006; Grüne wollen Zusammenarbeit mit Nachbarn forcieren, in: FLT, 18.01.2010, S. 3.](http://www.landtag.ltsch.de/infotek/wahl17/plenum/plen-</p>
</div>
<div data-bbox=)

12 Peter Höver, Unnützes Zeitspiel. Kommission soll bis 2011 neue Perspektiven für einen Nordstaat suchen, in: FLT, 30.01.2010, S. 2; Stephan Richter, Gemeinsam für das Orchester, in: FLT, 04.02.2010, S. 15.

13 Vgl. etwa Meinungen zu einem Zusammenschluss von Hamburg und Schleswig-Holstein zu einem gemeinsamen Bundesland. Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen in Hamburg und Schleswig-Holstein Januar 2005 - Textkommentar und Tabellenanhang -, Bearb. PSEPHOS Institut für Markt-, Politik und Sozialforschung GmbH, durchgeführt im Auftrag von Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein/BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein, Hamburg/Berlin, Januar 2005; URL: <http://www.uvnrn.de/studien/umfrageergebnisse-zusammenschluss.pdf> [30.08.2014].

14 Peter Schuster, Kiel und die Kieler Förde. Deutschlands schönste Seestadt, Heide 2009, S. 34.

15 Quelle: Bibliothek des Niedersächsischen Landtages.

16 Klaus Konrad [SPD-MdL 1962-69], Gebietsreform und Neuordnung der Länder, in: Rudolf Titzack (Hrsg.), Landtage in Schleswig-Holstein gestern - heute - morgen. Zum 40. Jahrestag der ersten demokratischen Wahl am 20. April 1947, Husum 1987, S. 194f.

17 Patrick Tiede, Scholz hält Olympia-Frage offen. Gemeinsame Kabinettsitzung in

Neumünster, in: Kieler Nachrichten [KN], 10.09.2014, S. 13; vgl. [Peter] Höv[er], Kooperation ja – aber kein Nordstaat, in: FLT, 10.09.2014, S. 5: „Wie stets nach solchen Sitzungen kommt dann die Frage, wann der Nordstaat endlich vollendet werde. Vielleicht zur ‚goldenen Hochzeit‘ in 25 Jahren? Die Debatte um eine mögliche Länderfusion läuft im Norden auf wie Ebbe und Flut. Die Wirtschaft ist entschieden dafür, macht, wie die Unternehmensverbände Norddeutschland, dabei Druck. Zuweilen gab es sogar Regierungschefs an Elbe und Kieler Förde, die Sympathien für eine Länderfusion hatten. Doch die Zeiten scheinen vorbei. Die beiden derzeitigen Amtsinhaber können die Nordstaat-Frage nicht mehr hören.“

18 Peter Höver, „Geht es Hamburg gut, blüht Schleswig-Holstein auf“. Seit über 30 Jahren läuft die Diskussion um den Nordstaat. Die Politik zögert noch, doch die Wirtschaft macht Druck und ruft nach einem Fusionsplan, in: FLT, 29.01.2005, S. 7; Wirtschaft macht Dampf: Nordstaat bis zum Jahr 2020, in: FLT, 04.06.2004, S. 1; Wirtschaft drängt auf den Nordstaat. Unternehmer fordern engere Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg, in: FLT, 12.01.2010, S. 1. Aus der neueren wissenschaftlichen Diskussion vgl. etwa Schmidt-Jortzig/Voscherau, Nordstaat; Konrad Lammers, Rechnet sich ein kleiner Nordstaat?, in: Wirtschaftsdienst (Hamburg) 86 (2006), S. 665-672; Konstanze Menken, Der Nordstaat - Aktuelle Diskussion und Argumente, in: NordÖR 9 (2006), S. 335-342; Werner Thieme, Was bringt der Nordstaat?, in: ebd., S. 382-387; Rolf Fischer, „Nordstaat“ und Minderheitenpolitik. Von der realen Gefahr der politischen Marginalisierung, in: GFH 53 (2006), Nr. 1, S. 19-22; Werner Hamann, Schleswig-Holstein und Hamburg - eine Wiedervereinigung. Ein Beitrag zur Diskussion um einen Nordstaat, in: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 42 (2008), S. 5-30; Ruck, Perspektiven des Nordens.

19 Zum Werdegang und Werk dieses „engagierten Schleswig-Holsteiner(s)“ vgl. Manfred Jessen-Klingenberg, Laudatio auf Kurt

Jürgensen (1929-1999), in: DG 13 (2000), S. 339-344, hier S. 340; URL: http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_13/Demokratische_Geschichte_Band_13_Essay_11.pdf [30.08.2014].

20 Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein während der britischen Besatzungszeit 1945-1949, Neuausg., Neumünster 1998, S. 64, 74.

21 Ebd., S. 69.

22 K. Jürgensen, Schleswig-Holstein - das „Modell-Land“ der britischen Besatzungspolitik, in: Ernst Schulin (Hrsg.), Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte, Wiesbaden 1968, S. 396-412, hier S. 412.

23 K. Jürgensen, Schleswig-Holstein als Territorium. Zur Grenz- und Territorientwicklung Schleswig-Holsteins im 19. und 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte [ZSHG] 122 (1997), S. 467-494, hier S. 489.

24 Jürgensen, Gründung, S. 37.

25 Vgl. dazu Reimer Hansen, Zur Bedeutung der Eider als historischer Grenze, in: GFH 55 (2008), Nr. 3, S. 175-186; ders., Deutschlands Nordgrenze, in: Alexander Demandt (Hrsg.), Deutschlands Grenzen in der Geschichte, 3. Aufl., München 1993, S. 94-139, hier S. 102ff.

26 URL: http://www.statistik-portal.de/statistik-portal/de_jb01_jahrtab1.asp [03.09.2014].

27 Hans-Friedrich Traulsen, Art. „Landesgeschichte“, in: Hans Duggen/Göttrik Wewer (Hrsg.), Schleswig-Holstein-Lexikon. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Opladen 2002, S. 188-194, hier S. 188. Differenzierter hingegen der Art. „Schleswig-Holstein“, in: Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt/Ortwin Pelc (Hrsg.), Schleswig-Holstein-Lexikon, Neumünster 2000, S. 457: „Erst mit Bildung des Landes S. ist das heutige Territorium entstanden. Deshalb muß man sich in historischer Dimension präzise ausdrücken, wenn von dem Gebiet gesprochen wird, das heute überwiegend zum Land S. gehört.“

28 Zur territorialen (Vor-)Geschichte Schleswig-Holsteins vgl. eingehend Alexander Schaff, Schleswig-Holsteinische Geschichte. Ein Überblick. (Geschichte der deutschen Länder. Territorien-Ploetz: Sonderausgaben), Neuausg. v. Manfred Jessen-Klingenberg, 4. Aufl., Freiburg/Würzburg 1984; Jürgensen, Schleswig-Holstein als Territorium; Jan M. Witt/Heiko Vosgerau, Schleswig-Holstein von den Ursprüngen bis zur Gegenwart. Eine Landesgeschichte, Hamburg 2002; Ulrich Lange (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Neumünster 2003; Robert Bohn, Geschichte Schleswig-Holsteins, München 2006.

29 Jan Rüdiger, Vom Nutzen des Vergessens. Schleswig-Holsteins Landesmittelalter, in: Bea Lundt (Hrsg.), Nordlichter. Geschichtsbeußtsein und Geschichtsmythen nördlich der Elbe, Köln u.a. 2004, S. 87-135, hier S. 114f.

30 Bei dem verwirrten Professor dürfte es sich um Christian Friedrich Wurm (1803-1859) gehandelt haben. Der Hamburger Historiker und Publizist hatte Lord Palmerston 1850 die Einheiten der Schleswig-Holstein-Frage öffentlich nahebringen versucht und 1858 in London vor einem Ausschuss des Unterhauses wohl ebenso detailbesessen für die Hamburger Zollbelange geworben. Zutiefst enttäuscht von der schlechten Resonanz seines Auftritts war Wurm ein Jahr später in einer Reinbeker Heilanstalt verstorben. Vgl. sein Sendschreiben an Lord Palmerston, betreffend die Schleswig-Holsteinische Frage, Hamburg 1850 (zugleich engl.: London) und den Personenartikel in der Allgemeinen Deutschen Biographie, Bd. 44, Nachdr. d. Erstausg. Leipzig 1898, Berlin 1971, S. 326-332.

31 Vgl. dazu eingehend Sylvia Necker/Meik Woyke, Vom Achsenkonzept zur Metropolregion. Stadt- und Regionalplanung für den Großraum Hamburg seit dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte [ZVHG] 95 (2009), S. 143-166; vgl. ferner Hans-Dieter Loose, Groß-Hamburg, Hansestaat oder Republik Niedersachsen? Territoriale Neuordnungspläne für Nordwest-

deutschland in der Revolution 1918/19, in: ZVHG 66 (1980), S. 95-116; URL:

[http://agora.sub.uni-](http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh/cntmng?type=pdf&did=c1:7660)

[hamburg.de/subhh/cntmng?type=pdf&did=c1:7660](http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh/cntmng?type=pdf&did=c1:7660); Christoph Timm, Der Preußische Generalsiedlungsplan für Groß-Hamburg von 1923, in: ZVHG 71 (1985), S. 75-125; URL: <http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh/cntmng?type=pdf&did=c1:11266> [alle 30.08.2014].

32 Zur „überstürzten Durchführung und der eher zufälligen Grenzziehung“ durch das NS-Gesetz vgl. im Einzelnen Holger Martens, Hamburgs Weg zur Metropole. Von der Groß-Hamburg-Frage zum Bezirksverwaltungsgesetz, Hamburg 2004, v.a. S. 114-127, hier S. 125, 122; vgl. ferner Hartmut Hohlbein u.a., Vom Vier-Städte-Gebiet zur Einheitsgemeinde. Altona - Harburg-Wilhelmsburg - Wandsbek gehen in Groß-Hamburg auf, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg, Hamburg 1988; Elke Pahl-Weber, Das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 und seine landesplanerischen Folgen für Harburg, in: Jürgen Ellermeyer u.a. (Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288-1938, Hamburg 1988, S. 504-522; Robert-Dieter Klee, Der Kreis Herzogtum Lauenburg und das Groß-Hamburg-Gesetz - Rechtsprobleme einer NS-Gebietsreform -, in: Lauenburgische Heimat 1997, Nr. 147, S. 70-87; Art. „Groß-Hamburg-Gesetz“, in: Franklin Kopitzsch/Daniel Tilgner (Hrsg.), Hamburg-Lexikon, 3. Aufl., Hamburg 2005, S. 187f.

33 Vgl. dazu für Vieles Jürgensen, Gründung; ders., Der demokratische Neuanfang in Schleswig-Holstein unter britischer Besatzungsherrschaft 1945-1949, in: Göttrik Wever (Hrsg.), Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen, Opladen 1998, S. 229-245; Karl-Heinz Harbeck u.a., Die Anfangsjahre des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 1998; Jessica von Seggern, Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945 bis 1950, Stuttgart 2005; Klaus Alberts, Theodor Steltzer. Szena-

rien seines Lebens. Eine Biographie, Heide 2009, S. 115ff.; Eckhard Hübner, Vom Weltkriegschaos zum demokratischen Aufbruch. Schleswig-Holsteins Weg in die Bundesrepublik, hrsg. vom Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 2009; URL: http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Service/Broschueren/Downloads/weg-Bundesrepublik__blob=publicationFile.pdf [30.08.2014].

34 Vgl. dazu die nach wie vor grundlegende Kieler Habilitationsschrift von Heinz J. Varoin, Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945-1958, Köln/Opladen 1964. Vgl. etwa Detlef Siegfried, Zwischen Einheitspartei und "Bruderkampf". SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992; Axel Glet, Die Wiedergründung der SPD in Schleswig-Holstein 1945/46, in: ZSHG 105 (1980), S. 229-291; Holger Martens, Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945 bis 1959, 2 Bde., Malente 1998; Peter Wulf, "Sammlung rechts von der Sozialdemokratie". Geschichte der CDU in Schleswig-Holstein 1945/46, in: ZSHG 126 (2001), S. 119-156; ders., Überlieferung der nationalen Werte. Versuche zur Gründung einer "Konservativen Partei" in Schleswig-Holstein, in: ZSHG 127 (2002), S. 43-262; Allan Borup, Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratiskeptischer Wähler, Bielefeld 2010; Volker Kaske, "Die Fraktion der vereinigten Demokraten führt jetzt die Bezeichnung Fraktion der CDU". Facetten des Weges vom politischen Neuanfang in Lübeck im Mai 1945 bis zur Bildung der CDU-Fraktion am 15. August 1946, in: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 87 (2007), S. 241-264; Thomas Schäfer, Die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft 1950-1958. Mit einem Beitrag zur Entstehung des "Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten", Neumünster 1987; Doris Schellhammer/Ekkehard Klug, 40 Jahre Liberalismus in Schleswig-Holstein 1946-1986, Kiel 1986.

35 Vgl. dazu (mit weiteren Hinweisen) Ruck, Wandel, S. 28f.; Bettina Blank, Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik. Zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Dokumente im Juli 1948, München 1995, S. 190ff.; Teresa Nentwig, Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961). Ein konservativer Sozialdemokrat, Hannover 2013, S. 274ff.

36 Vgl. dazu Holger Martens, Vor 50 Jahren. Sozialdemokratischer Wahlsieg bei der ersten Landtagswahl am 20. April 1947, in: Demokratische Geschichte [DG] 11 (1998), S. 189-208; URL: http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_11/Demokratische_Geschichte_Band_11_Essay12.pdf [02.09.2014].

37 Vgl. dazu Kurt Jürgensen, Brauer contra Lüdemann. Zur Auseinandersetzung um die norddeutsche Länderordnung im Jahre 1948, in: ZVHG 68 (1982), S. 157-192; URL: <http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh/cntmng?type=pdf&did=c1:6841> [12.01.2010]; Susan Eichler, Die Länderneueordnung in der britisch besetzten Zone Deutschlands 1945-1946. Interne britische Entscheidungsabläufe und Mitwirkung deutscher Gremien. In Exempulum: die Position der Hansestädte Hamburg und Bremen, Diss. Kiel 1995; Blank, Die westdeutschen Länder, S. 149ff., 181-184; Rolf Fischer, Hermann Lüdemann und die deutsche Demokratie, Neumünster 2006, S. 144ff.; Thilo Vogel-sang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963, S. 50ff.; Dieter Brosius, Zwischen Staatenbund und Einheitsstaat. Die Föderalismus-Vorstellungen von Hinrich Wilhelm Kopf und Heinrich Hellwege in den ersten Nachkriegsjahren, in: ders. u.a. (Hrsg.), Geschichte in der Region. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Schmidt, Hannover 1993, S. 471-482; Karl-Ludwig Sommer, Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie, Bonn 2000, S. 178ff.; Axel Schild, Max Brauer, Hamburg 2002, S. 86.

38 Zum deutsch-dänischen „Grenzkampf“ des ersten Nachkriegsjahrzehnts vgl. etwa Joachim Oertel (Hrsg.), Die britische Südschleswig-Politik 1945-1949, Sankelmark 1982;

Reimer Hansen u.a., Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet, Kiel 1993; Johan P. Noack, Als die Grenze „fest lag“ - der Grenzstreit nach dem Zweiten Weltkrieg, in: GFH 43 (1996), Nr. 1, S. 23-40; Uwe Danker, Südschleswig 1945-1955. Vom letzten Kampf um Südschleswig zum dauernden Grenzfrieden, Kiel 1997; Jürgen Kühl/Robert Bohn (Hrsg.), Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945-2005, Bielefeld 2005; vgl. auch Peter Wulf, „Der nationale Blick“. Nationale Stereotypen auf deutscher Seite im deutsch-dänischen Grenzgebiet 1945-1948, in: Broder Schwensen u.a. (Red.), Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg, Flensburg 2000, S. 267-285; Martin Klatt, Ein schleswigisches Volk. Das nationale Selbstverständnis der dänischen Minderheit und ihr Bild vom "Deutschen" unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, in: ebd., S. 287-310; ders., „... und sich nicht mit den Flüchtlingen zu vermischen“. Ein wenig bekannter Aspekt des dänischen Grenzkampfes nach 1945, in: GFH [49] (2002), Nr. 1, S. 43-52.

39 Zur Entstehung vgl. Uwe Barschel (Hrsg.), Landessatzung 1949-1979. Festschrift zum 30. Jahrestag der Verabschiedung der Landessatzung für Schleswig-Holstein, Neumünster 1979; Wolfgang Hubrich u.a. (Red.), Bundesland Schleswig-Holstein. Grundgesetz und Landessatzung, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1985; Sybille Waller, Die Entstehung der Landessatzung von Schleswig-Holstein vom 13.12.1949, Frankfurt u.a. 1988.

40 Zur Entstehung vgl. die Dokumentation von Rüdiger Wenzel (Red.), Eine neue Verfassung für Schleswig-Holstein, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1990.

41 Vgl. dazu Markus Eckert, Industrialisierung und Entindustrialisierung in Schleswig-Holstein, Kiel 1992.

42 Vgl. dazu eingehend Broder Schwensen, Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalpolitischen

Verbände im deutsch-dänischen Grenzland, Frankfurt u.a. 1993, S. 327ff., v.a. S. 338ff.

43 Zit. nach Uwe Barschel/Volkram Gebel, Landessatzung für Schleswig-Holstein. Kommentar, Neumünster 1976, S. 90f.; danach auch das folgende Zitat.

44 Vgl. dazu umfassend Hans-Henning Loose, Handlungsspielräume im "Armenhaus" Schleswig-Holstein. Eine Untersuchung zur Wirtschaftspolitik der sozialdemokratischen Landesregierungen Lüdemann und Diekmann (1947-1950), 2 Bde., Diss. Kiel 1991; vgl. ders., Wir bauen auf! Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein 1947-1950, in: DG 7 (1992), S. 243-259; Gabriele Stüber, Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984.

45 Vgl. dazu im Überblick Kurt Jürgensen/Ulrich Lange, Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Lange, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 623-768, hier S. 660-662; vgl. ferner Helmut Grieser, Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtverwaltung 1945-1950, Wiesbaden 1980; Siegfried Schier, Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 1950er Jahre, Lübeck 1982; Dietrich Vorpahl, Die Segeberger Flüchtlingskonferenz 1947: Zu den Bemühungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung unter Hermann Lüdemann um einen Bevölkerungsausgleich, in: ZSHG 107 (1982), S. 291-326; Renate L. Wertz, Die Vertriebenen in Schleswig-Holstein. Aufnahme und Eingliederung, 2. Aufl., Kiel 1989; Willy Diercks (Hrsg.), Flüchtlingsland Schleswig-Holstein. Erlebnisberichte und Neuanfang, 2. Aufl., Heide 1998; Manfred Wissel, Demokratie und Integration: Flüchtlinge und Vertriebene in Schleswig-Holstein unter britischer Besat-

zungsherrschaft 1945-1949, in: Wewer, Demokratie, S. 247-287; Hannes Harding, Displaced Persons (DPs) in Schleswig-Holstein 1945-1953, Frankfurt u.a. 1997; Karl H. Pohl (Hrsg.), Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945, Bielefeld 1997; Tobias Herrmann/K. H. Pohl (Hrsg.), Flüchtlinge in Schleswig-Holstein nach 1945. Zwischen Ausgrenzung und Integration, Bielefeld 2000.

46 Ludwig Preller, Das Problem Schleswig-Holstein, in: Bundesarbeitsblatt 1 (1950), Nr. 5, S. 177-180. Der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete gehörte Ende der 1940er Jahre als Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr dem sozialdemokratischen Landeskabinett an.

47 Varain, Parteien, S. 19.

48 Josef Schmid, Die "Kieler Affäre": Symptom eines deformierten Regierungssystems, Tat eines Einzelnen oder Kulminationspunkt einer schleswig-holsteinischen Sonderentwicklung?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 19 (1988), S. 495-505, hier S. 505; Jürgen Dahlkamp/Gunther Latsch, Im Kosovo des Nordens. Affären. Ende 2012 wird die Journalistin Susanne Gaschke Oberbürgermeisterin von Kiel; sie überlebt kein Jahr im Amt. In einer Nahaufnahme jener Zeit rechnet sie nun ab, in: Der Spiegel, Nr. 37, 07.09.2014, S. 40-43, hier S. 42: „Gaschke beschreibt Schleswig-Holstein als das Land der alten Rechnungen, eine Art Kosovo des Nordens, wo sich die generationenübergreifende Blutrache vollzieht.“ Vgl. Susanne Gaschke, Volles Risiko. Was es bedeutet in die Politik zu gehen, München 2014, S. 11-15.

49 Vgl. dazu (mit weiteren Hinweisen) Roberto Heinrich, Das Parteiensystem Schleswig-Holsteins, in: Uwe Jun u.a. (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 431-451; Michael F. Meffert, Wenn Affären Wellen schlagen: Zum Einfluss der Landes- und Bundespolitik auf das Wahlverhalten in Schleswig-Holstein, in: Kerstin Völk u.a. (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008,

287-310; vgl. ferner Werner Kaltefleiter, Wähler und Parteien in Schleswig-Holstein 1946-1986, in: Titzck, Landtage, S. 208-218; Uwe Carstens, Parteiendemokratie in Schleswig-Holstein, in: Wewer, Demokratie, S. 323-342; Bettina Bonde/Immo von Homeyer, Wahlrecht, Wahlsystem und Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein, in: ebd., S. 343-370.

50 Richard Stöss, Der Gesamtdeutsche Block/BHE, in: ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Sonderausg., Bd. 3, Opladen 1986, S. 1424-1459, hier S. 1430f.

51 Vgl. dazu Schäfer, Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft; Eva-Maria Rott, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) in Schleswig-Holstein 1950 bis 1957, Magisterarbeit Kiel 2001; Helmut Grieser, „Nationalste Partei“ und „Männer der Restauration von 1933“. SPD und BHE im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf 1950, in: Gerhard Fouquet u.a. (Hrsg.), Von Menschen, Ländern und Meeren. Festschrift für Thomas Riis zum 65. Geburtstag, Tönning 2006, S. 143-161.

52 Kenneth Dyson, Die westdeutsche „ParteiBuch“-Verwaltung. Eine Auswertung, in: Die Verwaltung 12 (1979), S. 129-160, hier S. 144f.; vgl. Schmid, „Kieler Affäre“, S. 500-503.

53 Eine Biografie ist bislang noch nicht geschrieben worden; vgl. einstweilen Jochen Steffen, Personenbeschreibung. Biographische Skizzen eines streitbaren Sozialisten. Mit einem Interview von Siegfried Lenz, hrsg. von Jens-Peter Steffen, Kiel 1997. Vgl. auch die Würdigung eines späteren Fraktionsführers: Gert Börsen, Erinnerungen an Jochen Steffen, in: DG 20 (2009), S. 309-326; URL: http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_20/Demokratische_Geschichte_Band_20_Essay_12.pdf [01.09.2014]. Vgl. ferner zwei zeitgenössische Dokumentationen: Politischer Stil in einem Streitfall. Die Auseinandersetzung zwischen Minister Dr. Schlegelberger und dem Abgeordneten Steffen, hrsg. von Der

Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein, Kiel 1963; Kesselreihen gegen wen? Die Legende einer Kampagne gegen Jochen Steffen. Eine Dokumentation, hrsg. vom Axel Springer Verlag AG, Abt. Information, Berlin 1971.

54 Vgl. dazu etwa Gabriele Romig, Die dänische Minderheit im Parlament. Der SSW und das Schleswig-Holsteinische Wahlgesetz, in: Werner Paravicini u.a. (Hrsg.), Mare Balticum. Beiträge zur Geschichte des Ostseeraums in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich Hoffmann, Sigmaringen 1992, S. 465-475; Karl-Rudolf Fischer, Minderheitenpolitik und Demokratie - Profil einer schleswig-holsteinischen Besonderheit, in: Wewer, Demokratie, S. 309-322; Martin Klatt/Jürgen Kühl, SSW: Minderheiten- und Regionalpartei in Schleswig-Holstein, Flensburg 1999; Arthur Christiansen, Die Selbstverständlichkeit eines gleichberechtigten politischen Mandats für den SSW aus kultureller Sicht. Eine Dokumenten- und Quellenanalyse aus Anlass der parteipolitischen Auseinandersetzungen über die Bildung der Landesregierung in Schleswig-Holstein nach der Landtagswahl am 20. Februar 2005, Tönning u.a. 2006.

55 Vgl. dazu Morten Andersen, Der wirtschaftliche Wiederaufbau des schleswigschen Grenzgebiets 1920-1924, in: GFH 52 (2005), Nr. 3, S. 195-206.

56 Zit. nach Barschel/Gebel, Landessatzung, S. 320.

57 Gerhard Stoltenberg, Schleswig-Holstein ist ein gesundes Land. Wachstum auf der ganzen Linie, in: Werner Ernst u.a., Neugliederung des Bundesgebietes. Im Vorfeld der Entscheidung, Bonn 1973, Bonn 1973, S. 34-37, hier S. 37. Vgl. in diesem Sinne die – freilich nicht sehr emphatische – Feststellung seines Innenministers und späteren Amtsnachfolgers Uwe Barschel, Schleswig-Holstein als Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Landessatzung, S. 33-50, hier S. 38.

58 Käber, Geleitwort, in: Barschel, 30 Jahre, S. 7f.

59 LTSH, Plenarprotokoll, 10/96,

10.12.1986, S. 5939.

60 LTSH, Plenarprotokoll, 12/12, 06.12.1988, S. 541. Zum anhaltenden Entwicklungsrückstand des strukturschwachen Landesteils Schleswig vgl. etwa Regionale Wirtschaftspolitik, Landentwicklung, Landwirtschaft im Grenzland Schleswig-Holstein. Beitrag zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen vom 1.-3. Juni 1967 in Flensburg, hrsg. von der Agrarsozialen Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 1967; Ulf Hahne/Karin Apfelbaum (Bearb.), Strategien der Wirtschaftsförderung für den Kreis Schleswig-Flensburg. Studie über die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten, neue Arbeitsplätze im Kreis Schleswig-Flensburg zu schaffen. Erstellt im Auftrag des Kreises Schleswig-Flensburg, Flensburg 1985; Ulf Hahne/Jörg Maier (Projektleiter), Integrierte Entwicklung ländlicher Räume - Neuere Konzepte und Erfahrungen und ihre Übertragung auf Schleswig-Holstein. Gutachten, bearb. von Petra Adden u.a., erstellt von der Forschungsstelle für Raumanalysen, Regionalpolitik und Verwaltungspraxis (RRV) an der Universität Bayreuth und dem Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein, Hg. Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Bayreuth/Flensburg 1993.

61 Jürgensen/Lange, Schleswig-Holstein, S. 623-769, hier S. 659.

62 Vgl. einstweilen den materialreichen Überblick von Uwe Danker, Landwirtschaft und Schwerindustrie Schleswig-Holsteins seit 1960: Schlaglichter auf sektoralen Strukturwandel, in: DG 18 (2007), S. 166-215; URL: http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_18/Demokratische_Geschichte_Band_18_Essay_7.pdf [03.09.2014]; vgl. auch ders., Industrieller Strukturwandel 1965-1985, in: ders., Die Jahrhundert-Story, Bd. 2, Flensburg 1999, S. 28-47; ders., Strukturwandel in der Landwirtschaft seit 1950, in: Die Jahrhundert-Story, Bd. 3, Flensburg 1999, S. 28-47; vgl. ferner Barbara Langlet-Ruck, Die Veränderun-

gen des Arbeitskräftebesatzes in der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg — Ursachen, Verlauf, sozialräumliche Auswirkungen, Diss. Kiel 1987; Heidi Lemmerbrock, Erweiterung der Unternehmensaktivitäten landwirtschaftlicher Betriebe und deren Bedeutung für die Wirtschaftskraft ländlicher Räume in Schleswig-Holstein, Aachen 1999.

63 Gerhard Stoltenberg, Erinnerungen und Entwicklungen. Deutsche Zeitgeschichte 1945-1999, Hamburg 1999, S. 59-69.

64 Vgl. dazu im Überblick Uwe Danker, Landespolitik 1950 bis 1967, in: Jahrhundert-Story, Bd. 3, S. 148-167; ders., Landespolitik 1967-1983, in: ebd., Bd. 2, S. 228-247.

65 Markus Hirschfeld, Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Kiel 1995; abgedr. in: Imke Meyer (Red.), Aus der Geschichte lernen? Universität und Land vor und nach 1945. Eine Ringvorlesung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Wintersemester 1994/95, S. 93-122. Anders als der Titel dies nahelegt, zieht der Beitrag die wesentlichen Entwicklungslinien jeweils bis 1990 aus.

66 Helmut Nuhn, Von der Agroindustrie zur Medizintechnik. Wirtschaftsstruktureller Wandel in Schleswig-Holstein, in: Geographische Rundschau [GR] 42 (1990), S. 246-255.

67 Dieter Harms, Konjunkturelle Entwicklung Schleswig-Holsteins nach dem zweiten Weltkrieg, in: Jürgen Brockstedt (Hrsg.), Wirtschaftliche Wechsellagen in Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Neumünster 1991, S. 295-323.

68 Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 48 (1996), Nr. 10; darin: Bernd Grocholski-Plescher u. a., 50 Jahre Schleswig-Holstein: Statistik macht den Wandel transparent, S. 229-234; Gerhard Winck, Prägende demographische Entwicklungen in den letzten fünf Jahrzehnten, S. 235-237; Hans-Siegfried Grunwaldt, Landwirtschaft im Wandel, S. 238-247; Bernd Struck, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Wertschöpfung und Inlandsprodukt im Langfristvergleich,

S. 248-252.

69 Dafür nach wie vor unverzichtbar: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.), Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins (1950-1975), Kiel 1977.

70 Vgl. etwa Karl-Heinrich Hansmeyer (Projektleiter), Möglichkeiten wirtschaftlicher Schwerpunktbildung in Schleswig-Holstein, Mitarb. Willi Albers u. a., erstellt im Auftrag des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, des Bundesministeriums für Wirtschaft und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften von der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung, T. III, Bonn 1969; (als Typoskr. gedr. Kiel 1969 [1971]); Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein. Ziele und Probleme regionaler Wirtschaftspolitik, Kiel 1975.

71 Vgl. dazu Michael Ruck, Suburbane Erfahrungsräume im Süden Schleswig-Holsteins. Ein Forschungsprojekt, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Nr. 68, Oktober 2005, S. 15f. Zwischenergebnisse dieses Vorhabens referiert Meik Woyke, Mehr als nur „Schlafzimmer von Hamburg“. Suburbanisierung und struktureller Wandel im südlichen Schleswig-Holstein seit 1945, in: DG 18 (2007), S. 217-253; URL: http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_18/Demokratische_Geschichte_Band_18_Essay_8.pdf [02.09.2014]. Vgl. ferner für viele einschlägige Beiträge des Autors: Norbert Fischer, Mikrolandschaft und Metropolregion: Über den räumlichen Wandel im Hamburger Umland 1950-2000, in: Dirk Brietzke u. a. (Hrsg.), Hamburg und sein norddeutsches Umland. Aspekte des Wandels seit der Frühen Neuzeit. Festschrift für Franklin Kopitzsch, Hamburg 2007, S. 401-414.

72 Vgl. dazu umfassend Lutz Lehmann, Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung des Programms Nord, Frankfurt u. a. 1988; vgl. ferner Dietrich Wiebe, Das Programm Nord. Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit in

Schleswig-Holstein, Paderborn/München 1979.

73 Vgl. dazu Jürgensen/Lange, Schleswig-Holstein, S. 659.

74 Quelle: Nuhn, Agroindustrie, S. 252.

75 Vgl. dazu Claus J. Kühl, Landesplanung in Schleswig-Holstein nach Gesetz und Wirklichkeit unter Berücksichtigung der Bundesraumplanung, Diss. Kiel 1967; Hans Carstensen, Raumordnung und Landesplanung: Methoden und Arbeitsweise, dargestellt am Beispiel Schleswig-Holstein, Frankfurt u. a. 1967; Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Das ist Landesplanung. Die Koordination der Ansprüche an den Raum, Kiel 1992.

76 Vgl. dazu Wolfgang Kirsten, Zentrale Orte als Instrument der Regionalpolitik, Berlin 1985, insbes. Kap. 4: Empirische Analyse der zentralörtlichen Strukturen im Landesteil Schleswig (Planungsraum V), S. 157-217; Ulf Hahne/Götz von Rohr, Das Zentrale-Orte-System in Schleswig-Holstein. Aufarbeitung der Kritik und Prüfung von Weiterentwicklungsvorschlägen, Flensburg 1999.

77 Vgl. dazu etwa Tyge Haarlov, Unterschiede der Kommunalverwaltung nördlich und südlich der Grenze, in: GFH, Nr. 2/1966, S. 107-112; Rudolf Stehr, Kommunalreform in Dänemark, in: GFH, Nr. 3/1968, S. 151-157; H. Neerhøj, Die Grundlagen der dänischen Kommunalordnung von 1970, in: GFH, Nr. 2/1974, S. 73-78.

78 Vgl. dazu eingehend Axel Bernstein, Die Gebietsreform in Schleswig-Holstein. Die Neugliederung der Kreise in den 1960er und 1970er Jahren, Bielefeld 2010; vgl. ferner Michael Ruck, Stabilität und Wandel innerer Grenzen: die kommunale Gebietsreform der 1960er und 1970er Jahre in Schleswig-Holstein, in: Schleswig-Holstein Topographie, Bd. 4, Flensburg 2004, S. XXII-XXX; ders., Halskrause oder Einkreisung. Frühere Debatten und heutige Perspektiven zum Flensburger Kreisstatus, in: GFH 55 (2008), Nr. 4, S. 187-202; Holger Knudsen, Auswirkungen des Verlustes des Kreissitzes. Untersuchung am Beispiel Schleswig-Holsteins, Baden-Baden 1979; Reimut Jochimsen u. a., Gebietsre-

form und regionale Strukturpolitik. Das Beispiel Schleswig-Holstein, Opladen 1971.

79 Vgl. dazu allgemein Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; Gérard Bäkenkamp, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998, Stuttgart 2010.

80 Vgl. Jürgensen/Lange, Schleswig-Holstein, S. 721-725. Vgl. dazu die zeitgenössischen Studien: Heide Simonis, Untersuchung über die Entwicklung des Fremdenverkehrs und der Touristik in Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung der Förderung in kommenden Jahren, Kiel o.J. (ca. 1968); Herbert Hoffmann, Untersuchung über Umfang, Struktur, Bedeutung und Entwicklung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein, München 1970; Martin Hoffmeyer u.a., Zur wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein, Kiel 1987.

81 Vgl. dazu etwa Christian L. Hansen/Holger Hinz, Den socio-økonomiske situation i den dansk-tyske grænseregion 1988-2000. Die sozio-ökonomische Situation in der deutsch-dänischen Grenzregion 1988-2000, hrsg. vom Institut for Grænseregionsforskning/Region Sønderjylland-Schleswig, Aabenraa 2000; Hayo Herrmann, Situation und Entwicklung der deutsch-dänischen Grenzräume und insbesondere des Grenzraumes Sønderjylland-Schleswig, in: GFH 52 (2005), Nr. 3, S. 227-236.

82 Vgl. dazu im Überblick Jürgensen/Lange, Schleswig-Holstein; Wewer, Demokratie; vgl. ferner Rüdiger Wenzel (Red.), Schleswig-Holstein. Eine politische Landeskunde, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1992; ders. (Red.), Schleswig-Holstein. Kurze politische Landeskunde, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein, 2. Aufl., Kiel 2002; Klaus Kellmann, Geschichte Schleswig-Holsteins, in: Werner Künzel/Werner Relleke (Hrsg.), Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Münster 2008, S. 371-381. Nachschlagewerke:

Lorenzen-Schmidt/Pelc, Schleswig-Holstein Lexikon; Duggen/Wewer, Schleswig-Holstein-Lexikon; Ulrich Lange u.a. (Hrsg.), Historischer Atlas Schleswig-Holstein seit 1945, bearb. von Jürgen H. Ibs u.a., Neumünster 1999.

83 Zu diesen Initiativen vgl. im gerafften Überblick Peter Burg, Die Neugliederung deutscher Länder. Grundzüge der Diskussion in Politik und Wissenschaft (1918-1996), Münster 1996; Klaus-Jürgen Matz, Länderneugliederung. Zur Genese einer deutschen Obsession seit dem Ausgang des Alten Reiches, Idstein 1997, S. 53ff. Vgl. ferner Werner Münchheimer, Die Versuche zur Neugestaltung der deutschen Länder von 1919 bis 1945. Eine Übersicht, in: Die Bundesländer. Beiträge zur Neugliederung der Bundesrepublik. Diskussion und Ergebnisse der Weinheimer Tagung, hrsg. vom Institut zur Förderung Öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt 1950, S. 117-169; Jürgen John, Die Reichsreformdiskussion in der Weimarer Republik, in: Jochen Huhn/Peter-Christian Witt (Hrsg.), Föderalismus in Deutschland. Traditionen und gegenwärtige Probleme, Baden-Baden 1992, S. 101-126. Zur allgemeinen Länderneugliederungsdiskussion seit 1990 vgl. für Vieles Eugen Ernst, Länderneugliederung in Deutschland. Hintergründe und Perspektiven, in: GR 45 (1993), S. 446-458; Günter Seele, Die Neugliederung des Bundesgebietes und die Untergliederung der Bundesländer als Schlüssel der Gebietsreform, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Materialien zur Fortentwicklung des Föderalismus in Deutschland, Hannover 1993, S. 145-212; Werner Rutz, Die Gliederung der Bundesrepublik Deutschland in Länder. Ein neues Gesamtkonzept für den Gebietsstand nach 1990, Baden-Baden 1995; Adrian Ottinad/Edith Linnartz, Föderaler Wettbewerb statt Verteilungsstreit. Vorschläge zur Neugliederung der Bundesländer und zur Reform des Finanzausgleichs, Frankfurt/New York 1997; Werner Thieme, Verwaltungseinfachung durch Länderneueordnung? Europäische Aspekte und Hamburger Probleme, in: Die Öffentliche Verwaltung 54 (2001),

S. 462-468; Uwe Leonardy, Föderalismusreform ohne Länderneugliederung?, in: Frank Decker (Hrsg.), Föderalismus an der Weggabelung? Optionen und Perspektiven einer Reform der bundesstaatlichen Ordnung, Wiesbaden 2004, S. 75-97; ders., Die Rollen des Ganzen und der Teile in bundesstaatlichen Territorialreformen: Ein Verfassungsvergleich zur Länderneugliederung, in: ZParl 44 (2013), S. 329-348.

84 Vgl. dazu die anschaulichen Kartenskizzen in: Matz, Länderneugliederung, S. 204ff.

85 Vgl. dazu Matz, Länderneugliederung, S. 61, 206 (Plan 4). Zu Person und Wirken Weitzeles vgl. Oliver M. Plecha, Der Traum von Groß-Frankfurt. Visionen zu Rhein-Main aus den Zwanziger Jahren, in: Forschung Frankfurt. Wissenschaftsmagazin der Goethe-Universität 24 (2005), Nr. 1, S. 41-44.

86 Vgl. dazu Matz, Länderneugliederung, S. 71ff. (Zitat), 87ff. Zu den Neuordnungsdiskussionen Anfang/Mitte der 1950er Jahre vgl. eingehend Almut Hennings, Der unerfüllte Verfassungsauftrag. Die Neugliederung des Bundesgebietes im Spannungsfeld politischer Gegensätze, Heidelberg/Hamburg 1983, S. 65ff.; Susanne Greulich, Länderneugliederung und Grundgesetz. Entwicklungsgeschichte und Diskussion der Länderneugliederungsoption nach dem Grundgesetz, Baden-Baden 1995, S. 43ff.; Karl Teppe, Politik und Wissenschaft im Diskurs. Die Debatte um die Neugliederung des Bundesgebietes in den 1950er Jahren, in: Westfälische Forschungen 49 (1999), S. 437-471.

87 Matz, Länderneugliederung, S. 89.

88 Zit. nach Matz, Länderneugliederung, S. 91. Zum schleppenden Fortgang und folgenlosen Abschluss der Arbeiten dieser Regierungskommission vgl. ebd., S. 89-92; Greulich, Länderneugliederung, S. 54-58; vgl. eingehend Teppe, Politik. Zur allmählichen Stabilisierung der Lage im Norden im Laufe der frühen 1950er Jahre vgl. Claus O. Struck, Die Politik der Landesregierung Friedrich Wilhelm Lübke in Schleswig-Holstein (1951-1954), Frankfurt u.a. 1997.

89 Vgl. dazu Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Zur Entstehung eines

Modells für nationale Minderheiten, hrsg. vom Deutschen Grenzverein, Flensburg 1985; Wolfgang Hubrich/Rüdiger Wenzel (Red.), 30 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Grenzland, Minderheiten, Partnerschaft, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 1985; Martin Höfken, Die „Kieler Erklärung“ vom 26. September 1949 und die „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ vom 29. März 1955 im Spiegel deutscher und dänischer Zeitungen. Regierungserklärungen zur rechtlichen Stellung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein in der öffentlichen Diskussion, Frankfurt u. a. 1994; Jürgen Kühl/Marc Weller (Hrsg.), *Minority Policy in Action. The Bonn-Copenhagen Declarations in a European Context, 1955-2005*, Abenraa/Flensburg 2005.

90 So der viel zitierte, programmatische Titel seiner einflussreichen Speyerer Habilitationsschrift von 1968: Frido Wagener, *Neubau der Verwaltung. Gliederung der öffentlichen Aufgaben und ihrer Träger nach Effektivität und Integrationswert*, Berlin 1969 (unveränd. Nachdr. 1974).

91 Vgl. dazu Greulich, *Länderneugliederung*, S. 100-120; Matz, *Länderneugliederung*, S. 99-102; Theo Scherer, *Die Lösungsvorschläge der Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes in demographischer und ökonomischer Sicht*, Diss. Darmstadt 1975. Die Vorschläge der „Ernst-Kommission“ sind in zwei umfangreichen Bänden dokumentiert: Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes, *Vorschläge zur Neugliederung des Bundesgebietes gemäß Art. 29 des Grundgesetzes*. Materialien zum Bericht der Sachverständigenkommission. Vorgelegt im [November u.] Dezember 1972, Hrsg. Bundesminister des Innern, 2 Bde., Bonn u. a. 1973; vgl. auch Bundesminister des Innern (Hrsg.), *Die Neugliederung des Bundesgebietes*. Kurzfassung des Berichtes der Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes, Köln u. a. o. J. [1974]; Ernst u. a., *Neugliederung des Bundesgebietes*.

92 Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes, Vorschlä-

ge zur Neugliederung des Bundesgebietes gemäß Art. 29 des Grundgesetzes, Bd. 1, Kartenanhang, Karte 10ff.; vgl. danach Matz, *Länderneugliederung*, S. 207f., Karten: Plan 7a-7d.

93 Vgl. dazu Hennings, *Verfassungsauftrag*, S. 114ff.; vgl. auch Regierung des Landes Niedersachsen (Hrsg.), *Stellungnahme der Niedersächsischen Landesregierung zur Länderneugliederung im norddeutschen Raum*, Hannover 1972 (Typoskr. vervielf.).

94 Vgl. Matz, *Länderneugliederung*, S. 102. Vgl. dazu allgemein für viele einschlägige Beiträge des Autors: Michael Ruck, *Gesellschaft gestalten. Politische Planung in den 1960er und 1970er Jahren*, in: Sabine Mecking/Janbernd Oebbecke (Hrsg.), *Zwischen Effizienz und Legitimität. Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik in historischer und aktueller Perspektive*, Münster 2009, S. 35-47.

95 Jens Krämer, *Die Stadt-Umland-Beziehungen Hamburgs zu seinen Nachbarländern. Ansätze zu Kooperation und gemeinsamer Planung im norddeutschen Raum*, Diss. FU Berlin 1971.

96 W. Käber, *Regierung und Opposition*, bearb. von Frank Lubowitz, Kiel 1986, S. 45.

97 Vgl. dazu für Vieles Eckart van Hooven u. a., *Neugliederung der Küstenländer?* (Zeitgespräch), in: *Wirtschaftsdienst* (Hamburg) 68 (1988), Nr. 2, S. 63-70; Hans-Hermann Wiebe (Hrsg.), *Die Zukunft Schleswig-Holsteins*, Bad Segeberg 1990; Fritz W. Scharpf/Arthur Benz, *Kooperation als Alternative zur Neugliederung? Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern*, Baden-Baden 1991; Ekkehard Wienholtz, *Politikverflechtung in der Region Nord*, in: Karlheinz Bentele u. a. (Hrsg.), *Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften*. Fritz W. Scharpf zu seinem 60. Geburtstag, Frankfurt/New York 1995, S. 177-196; Thomas Rübke, *Flucht vor der Vernunft. Totgesagte leben länger: Der Nordstaat existiert nicht – und irgendwie doch*, in: *Kultur in Hamburg* 26 (1996), Nr. 2, S. 58-60; Axel Schnorbus, *Der Ruf nach einer Neugliederung der Länder wird lauter*. Präses der Hamburger Handelskammer

sieht den Föderalismus gefährdet. Für einen leistungsfähigen Nordstaat, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.02.1996, S. 14; Jürgen Mantell, *Norddeutsche Kooperation oder Nordstaat*, in: Helmut Bildein (Hrsg.), *Staat und Parteien im Stadtstaat Hamburg oder die „Unregierbarkeit der Städte“*, 2. Aufl., Neumünster 1997, S. 141-50, 240, 248f.; Heiner Hautau u. a., *Aspekte einer politischen Neugliederung der Nordregion: Der Nordstaat*, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), *Neugliederung der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1998, S. 673-685.

998 Vgl. etwa Hartmut Häußermann, *Der Stadtstaat in der Bundesrepublik als Entwicklungsbegrenzung*, in: Michael Glotz-Richter u. a. (Hrsg.), *Lokale Demokratie auf dem Prüfstand. Stadtstaaten und Stadtteilvertretungen im europäischen Vergleich*, Bremen 1994, S. 36-59.

99 Jens Dangschat/Thomas Krüger, *Hamburg im Nord-Süd-Gefälle*, in: Jürgen Friedrichs u. a. (Hrsg.), *Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen*, Opladen 1986, S. 188-213, hier S. 200, 202.

100 Vgl. etwa Karsten Plog, *Pfeffersäcke und Sprotten in einen Topf?* In Schleswig-Holstein denken einige Politiker laut über eine engere Zusammenarbeit mit Hamburg nach, in: *FR*, 17.06.1998, S. 6; Töne zum Thema „Nordstaat“ werden moderater, in: *FLT*, 11.10.2004, S. 3. Jüngst erst hat der Kieler Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) wieder einmal versucht, an diese „Zielperspektive“ anzuknüpfen; Meyer: *Hamburgs Strahlkraft soll bis zur dänischen Grenze wirken*, in: *FLT*, 30.07.2014, S. 5.

101 Vgl. dazu die desillusionierte Rückschau von Heide Simonis (SPD), die diesen mühsamen Prozess als Finanzministerin (1989-1994) und Ministerpräsidentin (1994-2005) über anderthalb Jahrzehnte hinweg miterlebt hatte, vor dem Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft zur Krise der gemeinsamen HSH-Nordbank, in: *HABI*, 10./11.04.2010, S. 17: „Detailliert (schilderte sie) einen permanenten Zwist zwischen den [...] in engen Ostsee-Grenzen denken-

den Kielern und den [...] ‚weltgewandten‘ Hansestädtern. [...] ‚Millimeterweise‘ sei ausgerechnet worden, welches Land wo Einfluss hat.“ Vgl. ferner Günter Neugebauer, „Das Wort hat der Abgeordnete Neugebauer“. Notizen über Heide Simonis, Affären und Geschehnisse in der Regional- und Landespolitik Schleswig-Holsteins, Rendsburg 2014, S. 264f., 313f.

102 Vgl. für Vieles Carsten Maltzan, Von Beust erwartet den Nordstaat vor 2020, in: FLT, 11.10.2005, S. 4; Michael Kluth, Sie machen jetzt weltweit gemeinsame Sache. Per Staatsvertrag haben Schleswig-Holstein und Hamburg ihre „Außenpolitik“ zusammengefügt, in: FLT, 02.11.2005, S. 6; Nordstaat: Grüne wollen alle Länder ins Boot holen. Hamburger GAL-Chefin plädiert für große Lösung mit Niedersachsen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, in: Die Welt, 17.11.2005, S. 44; Der Norden schießt weiter nach Norden, in: FLT, 31.07.2006, S. 2.

103 Klaus Schrader u.a., Potenziale und Chancen zum Aufbau einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein und Hamburg - vorläufige Fassung -, Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, Hrsg. Institut für Weltwirtschaft, Kiel 2007. Vgl. dazu Der Norden auf dem Weg zum Standesamt. Hamburg und Holstein wollen Kooperation vertiefen und fordern "mehr Raum für Wirtschaft", in: FLT, 29.11.2007, S. 6.

104 Vgl. dazu für Vieles Oliver Schade, „Ein Masterplan für Hamburgs Wirtschaft“. Initiative: Hamburgs Industriechef Karl Gernandt im Abendblatt-Interview. Der IVH-Vorsitzende beklagt Fehler der Politik, fordert eine langfristige Planung von Großprojekten und macht sich für den Nordstaat stark, in: HABI, 19.08.2006; URL: <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article814299/Ein-Masterplan-fuer-Hamburgs-Wirtschaft.html>; „Wir müssen flexibler arbeiten.“ Frank Horch: Hamburgs designerter Industriechef im Abendblatt-Interview. Der künftige IVH-Vorsitzende unterstützt den Nordstaat, [...] in: HABI, 02.06.2007; URL: <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article470446/Wi>

r-muessen-flexibler-arbeiten.html [beide: 03.08.2014].

105 Mit Blick darauf nahmen die beiden Regierungschefs in Hamburg und Kiel ihre anfänglichen Bekenntnisse zur Kooperations- und Fusionsperspektive seit Ende 2007 merklich zurück; vgl. etwa Peter Harry Carstensen starker Auftritt [beim Hamburger Übersee-Club], in: FLT, 21.06.2008, S. 4; Gemeinsamer Kampf für die Seehäfen. Konferenz Norddeutschland, in: FLT, 06.03.2009, S. 4; „Die Zeit der Geschenke ist vorbei“. Peter Harry Carstensen will auf dem heutigen CDU-Parteitag in Eckernförde erneut zum Spitzenkandidaten gekürt werden (Interview), in: FLT, 15.05.2009, S. 2; „Hochschulen im Norden müssen kooperieren“ (Interview), in: FLT, 18.05.2009, S. 4.

106 Vgl. etwa Neumann, Wer braucht den Nordstaat? Der Herausgeber dieser Vortragsreihe an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und damalige Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion amtiert seit dem Frühjahr 2011 als Innensenator. Sein Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) macht seither keinen Hehl aus seiner tiefen Skepsis gegenüber jeglichen Kooperations- oder gar Fusionsvarianten und setzt stattdessen kaum verhohlen darauf, die Freie und Hansestadt über Ländergrenzen hinweg als hegemoniale Kraft im vergrößerten Bereich der Metropolregion zu etablieren. Vgl. für Vieles „Wir wollen die bessere Politik machen“. SPD-Bürgermeisterschaftskandidat Olaf Scholz über die Elbvertiefung, den Nordstaat und mögliche Koalitionen nach der Wahl in Hamburg, in: FLT, 27.01.2011, S. 7; Michael Kluth, Das Nord-Signal ist ausgeblieben. Zur ersten Regierungserklärung des neuen Bürgermeisters von Hamburg, in: FLT, 16.09.2010, S. 2; Scholz: Plädoyer für die Metropole. Hamburger Bürgermeister gibt erste Regierungserklärung ab, in: FLT, 24.03.2011, S. 6; Bürgermeister Scholz will Hamburg zur ‚Big City‘ machen, in: Die Welt, 19.08.2011, S. 26; „Es hat keinen Streit zwischen den Ländern gegeben“. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz sagt im Interview, wie er sich Zusammenarbeit im Norden vorstellt – und warum der

Windmessen-Kompromiss vernünftig ist, in: FLT, 22.06.2013, S. 6; Tiede, Scholz hält Olympia-Frage offen.

107 So das Credo des früheren Hamburger Bürgermeisters Henning Voscherau (SPD). Vgl. für viele seiner einschlägigen Wortmeldungen: Großer, kleiner, gar kein Nordstaat?, in: Schmidt-Jortzig/Voscherau, Nordstaat, S. 283-291; Ein Nordstaat muss her - auch ohne Bremen, in: Die Welt, 14.05.2007, S. 7.

108 Vgl. etwa „Wir wollen einen Kabinettsposten“. Im Interview spricht die Spitzenkandidatin des SSW, Anke Spoorendonk (64), über ihre Bedingungen für einen Regierungswechsel im Land, in: FLT, 27.04.2012, S. 20; „Wir treten in eine Koalition ein, wenn die Voraussetzungen stimmen. Und die wären welche? Wir sind [...] gegen den Nordstaat mit Hamburg. Das ist nicht verhandelbar.“ Vgl. schon SSW: „Im Nordstaat gerät Schleswig-Holstein aus dem Blickfeld“, in: FLT, 23.01.2006, S. 3; Norden wird abgehängt, in: FLT, 28.01.2006, S. 7 (Landtagsdebatte am 27.01.2006).

109 Vgl. für Vieles Der Norden will enger zusammenrücken. Unternehmer im Norden kritisieren neue Landesregierung. Carstensen und Scholz bekennen sich zu mehr Kooperationen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, in: FLT, 07.06.2012, S. 13; Unternehmer fordern mehr Kooperation. Mehrheit der Hamburger Firmen mit Senat zufrieden, in: FLT, 18.08.2012, S. 6; UV-Nord-Umfrage: 11 Prozent finden Zusammenarbeit mit Hamburg gut, dpa, 02.11.2012; URL: http://www.abendblatt.de/newsticker/dpa_nt/regioline_nt/hamburgschleswig-holstein_nt/article110584225/11-Prozent-finden-Zusammenarbeit-mit-Hamburg-gut.html# [03.09.2014]; Markus Lorenz, Handelskammer-Chef träumt von Olympia. Wirtschaft macht Druck auf die Stadt: Hamburg soll sich endlich um die Spiele bewerben, in: FLT, 02.01.2014, S. 4; Wirtschaft fürchtet A7-Ausbau, in: FLT, 09.01.2014, S. 6; „Bei der Jahresauftaktveranstaltung des Unternehmerverbandes unter dem Titel ‚Perspektiven für Hamburg und Schleswig-Holstein‘ ließ Wach-

holtz kaum ein gutes Haar an der politischen Kooperation zwischen beiden Ländern. „Diesbezüglich blickt die Wirtschaft auf zwei beinahe verlorene Jahre zurück.“

110 Vgl. dazu André Klohn, Deutliches Ja der Grünen zu einem Nordstaat. Bei einer Urabstimmung haben sich die Nord-Grünen für die Gründung eines neuen norddeutschen Bundeslandes ausgesprochen, in: HAbI, 30.10.2012; URL: <http://www.abendblatt.de/region/schleswig-holstein/article/110432667/Deutliches-Ja-der-Gruenen-zu-einem-Nordstaat;Grüne-Schleswig-Holstein-für-norddeutsches-Bundesland!> [31.10.2012] (mit weiteren Dokumenten); URL: http://www.sh.gruene.de/cms/default//dok/415/415451.urabstimmung_2012_zur_nordstaatdebatte.htm [beide: 03.09.2014]. Allgemein vgl. für Vieles Habeck will Ende von Bildungsföderalismus, in: FLT, 15.01.2011, S. 4.

111 Das ließen nicht nur Stellungnahmen des seinerzeitigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff (CDU) ahnen; vgl. etwa Bernd Ahlert, Wulff und Carstensen: Absage an Nordstaat, in: FLT, 19.01.2006, S. Wi1; vgl. dazu Freunde wollen Norden gemeinsam vertreten. Antrittsbesuch von Christian Wulff bei Carstensen, in: FLT, 19.01.2006, S. 5. Ähnlich reservierte Signale sind auch aus Mecklenburg-Vorpommern zu vernehmen; vgl. etwa Beust will Nordstaat mit Mecklenburg, in: ebd., 07.02.2006, S. 4; Nordstaat: Schwerin winkt ab, in: ebd.

112 Vgl. dazu Michael Ruck, Das Landesparlament im deutschen und europäischen Mehrebenenensystem - Entwicklung und Perspektiven -, in: Seit 60 Jahren frei gewählt. Ansprachen und Reden zum Festakt anlässlich der Konstituierung des 1. gewählten Landtages vor 60 Jahren. Mittwoch, 9. Mai 2007, im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtages, hrsg. vom Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Kiel 2007, S. 15-22; URL: <https://www.landtag.ltsh.de/plenonline/mai2007/texte/rede-prof-ruck-60jahre-landtag.pdf> und [\[10_seit-60-jahren-frei-gewaehlt.pdf\]\(#\) \[02.09.2014\].](http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/downloads/infomaterial/schriftenreihe/sr-heft-</p>
</div>
<div data-bbox=)

113 So der damalige Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende der FDP im Kreistag Schleswig-Flensburg Carsten-Peter Brodersen auf dem Neujahrsempfang seiner Partei in Flensburg; zit nach: Schleswig-Holstein unter fiskalischer Aufsicht?, in: FLT, 08.02.2010, S. 10. Vgl. dazu Henning Baethge, Die „Aufstocker“ aus dem Norden. Sogar Sachsen-Anhalt hat schon weniger Schulden als Schleswig-Holstein. Ab 2011 muss Ministerpräsident Carstensen den Trend drehen, in: FLT, 24.02.2010, S. 7: „Seit vier Jahrzehnten hat es im Norden keinen Haushalt ohne zusätzliche Kredite gegeben. Die Ausgaben wuchsen, die Einnahmen kamen wegen der relativ schwachen Wirtschaftsstruktur nicht hinterher, obwohl auch sie fast jedes Jahr stiegen.“ Das Zitat bezieht sich fast wörtlich auf den erst am 26.03.2010 veröffentlichten Ergebnisbericht 2010 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Empfehlungen für die 17. Legislaturperiode, Kiel, 16.02.2010, S. 9; URL: <http://www.landesrechnungshof-sh.de/index.php?getfile=ergebnisbericht2010.pdf> [02.09.2014]. Zur langen Vorgeschichte dieser Misere vgl. schon Peter Höver, An der Förde wird es langsam dramatisch. Schleswig-Holstein starrt auf ein in diesem Ausmaß unerwartetes Finanzloch, in: Das Parlament, 31.01.1997, S. 10. Die (nicht bloß ironische) Selbstbezeichnung „Hamburgs Nordprovinz“ wurde erst jüngst wieder in der Landeshauptstadtspresse kolportiert; Ulf B. Christen, [Die Hamburger Bildungspolitikerin] Ernst war schon 2009 Favoritin, in: KN, 16.09.2014, S. 2.

114 Quelle: http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Service/Broschueren/Logonord/logonord_node.html#doc922660b_odyText3. Vgl. dazu http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Service/Broschueren/Logonord/logonord_node.html [03.09.2014].

115 Quelle: <http://styleguide-sh.de/#/downloads>. Vgl. dazu [\[buchUebergangEchterNorden.html\]\(#\) \[beide 03.09.2014\]](http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Service/Broschueren/Gestaltungshandbuch/gestaltungshand-</p>
</div>
<div data-bbox=)